Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 47. | **Donnerstag, den 25. Februar 1904.** | 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rußland und Japan.

Da die japanische Flotte der in den ostasiatischen Gewässern befindlichen russischen Flotte bedeutend überlegen ist und letztere nach den schweren Verlusten, die sie bei Port Arthur und Tschemulpo erlitten hat, einem Zusammenstoß mit dem Feinde geflissentlich aus dem Wege geht — ein englisches Blatt behauptet sogar, das russische Geschwader in Ostasien habe Befehl erhalten, sich nicht mehr mit den Japanern in ein Gefecht einzulassen, bevor Verstärkungen eingetroffen seien — so wird aller Voraussicht nach ein größeres Seegefecht in der nächsten Zeit nicht stattfinden; zwar veröffentlichen Londoner Blätter ein Telegramm, demzufolge aus Petersburg die Meldung angelangt sei, daß die Japaner am Sonntag einen neuen Torpedoangriff auf Port Arthur gemacht haben, dem ein Bombardement seitens der Flotte folgte, doch liegt bisher von keiner Seite eine amtliche Bestätigung vor. Auch ein Zusammenstoß der Landarmeen ist kaum vor Anfang März zu erwarten. Rußland will seine Verteidigungsstellung am Jalu-Flusse an der Nordgrenze von Korea so lange innehalten, bis es sich nach Eintreffen der Verstärkungen aus dem Innern des Reiches angriffsfähig fühlt. Inzwischen beginnen bereits kleinere russische Trupps, im Norden von Korea vorzurücken, und eine Abteilung russischer Jäger ist schon etwa 50 Kilometer südlich vom Jalu-Flusse bis Kasan auf Korea vorgedrungen. Ein Telegramm des Londoner „Daily Telegraph“ aus Tokio berichtet darüber folgendes: „In Tokio wird amtlich bekannt gegeben, mehrere hundert russische Jäger seien in Kasan (Korea) eingetroffen; einzelne hätten bereits den Tschjöngfluß bei Tschjöngjang überschritten und den Telegraphen nördlich von Andschu abgeschnitten.“ Wie die „Times“ aus Weihaiwei erfahren, transportieren die Japaner ein Armeekorps, aus drei Divisionen bestehend, nach Korea. Die zwölfte Division werde jetzt verschifft und die Gardedivision würde ihr folgen. Die Operationsbasis sei zur Zeit Tschemulpo. Die ausgeschifften Regimenter gingen dann über Söul nach Norden. Kleine Detachements seien bereits nach Norden vorgeschoben, um Fouragemagazine zu errichten. Man erwarte den allgemeinen Vormarsch auf Phjöngjang demnächst. Der in Weihaiwei von Dalny angekommene englische Dampfer „Chinaping“ berichtet, daß er von den Russen beschossen und siebenmal in der Gegend der Wasserlinie getroffen sei; das russische Lootsenboot, das die „Chingping“ herausbrachte, sei auf eine Mine gestoßen und in die Luft gesprengt.

Aus Niutschwang wird gemeldet, daß der Statthalter Alexejew und der Generalstab ihr Standquartier nunmehr in Charbin aufgeschlagen haben.

Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet aus Nagasaki von gestern, das japanische Geschwader habe vor Port Arthur vier russische Torpedojäger weggenommen und die Mannschaft gefangen. Die Japaner hätten sich russischer Signale bedient.

Nach einer in New York eingetroffenen Meldung aus Nagasaki vom Montag hat das russische Wladiwostok-Geschwader die Absicht gehabt, den japanischen Hafen Hakodate zu bombardieren, ist aber durch Schneefall in der Tsugaru-Straße daran gehindert worden. Die Bewohner der Stadt Wladiwostok sind aufgefordert worden, wegen Mangels an Lebensmitteln die Stadt zu verlassen.

Mit der zeitweiligen Leitung des russischen Kriegsministeriums ist an Stelle des zum kommandierenden General der aktiven Armee in der Mandschurei ernannten Kriegsministers Kuropatkin der Chef des Generalstabes Ssacharow betraut worden.

Wie „Reuters Bureau“ aus Washington sich kabeln läßt, beschuldigt Rußland in einer Note an die Mächte Japan der Verletzung des Völkerrechts bei Port Arthur und Tschemulpo. — Rußland sollte lieber vor der eigenen Türe kehren.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 23. Februar 1904.

Der Reichseisenbahnetat.

Der Reichstag beschäftigte sich heute bei der Beratung des Eisenbahnetats vorwiegend mit dem Antrage unserer Fraktion auf Uebernahme der Eisenbahnverwaltung auf das Reich. Zwei Gründe sind es vorwiegend, die nach den Ausführungen unserer Genossen Hildenbrand und Dreesbach zu dieser Maßregel drängen. Einmal die schrankenlose Konkurrenz, die sich jetzt die einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen machen. Natürlich siegen auch dabei die wirtschaftlich stärkeren, sodaß Preußen mit seinem Großbetrieb die mittleren und kleinen Betriebe der anderen Staaten völlig zu verschlingen droht. Diesen Partikularismus Preußens und seines Dreiklassenparlaments nicht übermächtig werden zu lassen, hat die Arbeiterbewegung alle Veranlassung. Andererseits leidet unsere ganze Volkswirtschaft, insbesondere die Arbeiterklasse, unter dem heutigen Wirrwarr der Tarife und der Klasseneinteilung auf den Eisenbahnen ganz außerordentlich schwer. — Diese Ausführungen fanden durch die Mitteilungen, die Genosse Hofmann-Saalfeld aus den thüringischen Einzelstaaten machte, eine deutliche Illustration. — Natürlich wandten sich alle bürgerlichen Parteien gegen diesen Antrag. Zwar haben die süddeutschen Abgeordneten, für die die Abgg. Gröber (Z.), Dr. Hieber (NL.), Storz (südd. Volksp.) und Müller-Meiningen (FVp.) sprachen, allerlei Bedenken gegen die Benachteiligung der Einzelstaaten, aber sie haben nicht die nötige Entschlossenheit, grundsätzlich mit dem herrschenden System zu brechen, und begnügten sich mit einer lahmen Resolution, die eine Beseitigung der Umleitungen fordert. Die Konservativen möchten am liebsten überhaupt den bisherigen Zustand erhalten. Je größer der Einfluß des preußischen Junkerparlaments wird, desto fester steht ihre Macht. Diesen Gedanken verbargen die Abgg. Gamp und v. Normann hinter einem Loblied auf die preußische Verwaltung und ihre „bekannte“ Freigebigkeit.

Morgen wird der Reichstag die Beratung des Justizetats beginnen.

---

40. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Zunächst wird das Gesetz betr. den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen (für sechs Monate nach Eröffnung der Ausstellung) in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen.

Hierauf wird die zweite Etatsberatung fortgesetzt beim Etat des Reichseisenbahnamts.

Dazu beantragt die Budgetkommission, daß die verbündeten Regierungen Maßregeln zur Vermeidung von Umleitungen des Güterverkehrs treffen mögen. — Eine Resolution Auer u. Gen. verlangt die Einführung der Reichseisenbahngemeinschaft.

Bei den Ausgaben nimmt das Wort

Gröber (Z.): Der Kommissionsantrag ist hervorgegangen aus der Beobachtung des illoyalen Konkurrenzkampfes der einzelnen Eisenbahnverwaltungen, der mit dem Geist des Art. 42 der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Sogar die Volkspoesie Schwabens hat sich mit diesen Umleitungen beschäftigt:

„Auf der schwäbschen Eisenbohne
Giebt es viele Hauptstatione,
Aber es ist doch zu dumm:
Alles fahrt halt drauße' rum!“

(Große Heiterkeit). Ein besonderes Gesetz ist nicht nötig. Wir verlangen nur die Durchführung der Reichsverfassung. (Beifall im Zentrum).

Präsident des Reichseisenbahnamts Schulz: Es handelt sich bei den Umleitungen nur um die Wahrung des eigenen finanziellen Vorteils der einzelnen Staaten. Das Reichseisenbahnamt, dem Beschwerden bisher übrigens nicht zugegangen sind, kann in diese Reservatrechte nicht eingreifen. Im übrigen hoffe ich, daß die neuesten Verhandlungen über diesen Gegenstand zu einem günstigen Ergebnis führen werden.

Hildenbrand (SD.): Nicht nur die Güterumleitungen haben zu den empfindlichsten Klagen Anlaß gegeben, sondern ebenso die Nichtbeachtung des Art. 45 der Verfassung, welcher von der Anstrebung einer Tariseinheit spricht. Preußen hat die 45tägigen Rückfahrkarten zur Ueberraschung der übrigen Staaten eingeführt; es hat andrerseits nicht daran gedacht, die Tarifermäßigungen der übrigen Staaten wie die badischen Kilometerhefte nachzuahmen, und das Reichseisenbahnamt hat es versäumt, dafür zu sorgen, daß diese Vergünstigungen der ganzen Bevölkerung des deutschen Reichs zu Gute kommen. Der kolossale Aufschwung des Eisenbahnverkehrs und die kolossalen Ueberschüsse hätten namentlich Preußen gestattet, die Tarife herabzusetzen. Statt dessen blieben die schnelleren Verbindungen einer Minderheit der Bevölkerung vorbehalten. So ist auch die Tarifrage in einem Zustand, der mit der Reichsverfassung keineswegs zu vereinigen ist. — Ebenso machen bei der Errichtung kurzer Schnellzugsverbindungen die Einzelstaaten aus finanziellen Gründen Schwierigkeiten. Ebenso unschön ist die Verschiedenheit der Klasseneinteilungen im großen einheitlichen Deutschen Reich. So wenig ist sich das Reichseisenbahnamt seiner Aufgabe bewußt geworden. Dabei ist das Streben nach einer einheitlichen Ordnung des Eisenbahnwesens älter als das Reich. Redner gibt nun eine eingehende Darstellung dieser Bestrebungen und beruft sich auf die Reichstagsverhandlungen der Jahre 69, 70, 73, insbesondere auf das Wort Bismarcks: Es laste wie ein Schuldbuch auf ihm, daß einer der für die Wohlfahrt wichtigsten Abschnitte der Verfassung keine Ausführung gefunden habe. 1896 hat sich Hessen mit einer Verkehrsgemeinschaft mit Preußen einverstanden erklären müssen, und seitdem hat man erkannt, daß, wenn nicht eine Aenderung eintritt, die Reichseisenbahnen durch die preußischen erdrückt werden. Der württembergische Landtag hat einen Antrag angenommen, die Regierung möge Mittel und Wege suchen, um beim Reiche die Geneigtheit für eine Reichseisenbahngemeinschaft zu erwirken. Unser heutiger Antrag läuft auf dasselbe Ziel hinaus. Auch Baden würde sich einer Reichsbetriebsgemeinschaft viel lieber anschließen, als zwangsweise sich an Preußen anschließen. Gewiß würde Preußen, wenn es den Zeitpunkt für gekommen erachtet, die badische Selbständigkeit rücksichtslos vernichten. (Zustimmung b. d. Soz.) Ich schließe mit dem Worte Harkorts, des großen Vorkämpfers der Eisenbahneinheit: „Das Volk ist nicht der Eisenbahn wegen da, sondern umgekehrt! Die Kleinstaaten mit ihren zerstückelten Schienenwegen müssen sich einem geregelten, allgemeinen volkswirtschaftlichen Verbande anschließen, und die Schleichwege der Tarife dürfen kein Geheimnis nur für Eingeweihte sein. Preußen voran! Es gilt nicht allein, den Staatssäckel zu füllen, sondern den Wohlstand durch sicheren, raschen und billigen Verkehr zu heben.“ Das Wort: „Preußen voran!“ ist also nicht einmal das geistige Eigentum des Reichskanzlers. (Heiterkeit.) Ich bitte um Annahme unserer Resolution. (Beifall b. d. Soz.)

Dr. Hieber (NL.): Ich bin mit dem Herrn Vorredner ja in den meisten Punkten einverstanden, aber die Annahme oder Ablehnung der Resolution Auer würde doch an der Entwickelung der Dinge nichts ändern. (Hört, hört! b. d. Soz.) Von einer Reichseisenbahngemeinschaft kann z. Zt. doch nicht die Rede sein. Leider ist Fürst Bismarck, der bereits 1876 die Eisenbahnen in Reichsbetrieb übernehmen wollte, damals nicht durchgedrungen. Die Umleitungen, die nur aus Konkurrenzrücksichten erfolgen, müssen unter allen Umständen abgeschafft werden. Ein erstrebenswertes, vorläufiges Ziel wäre die Vereinheitlichung der Betriebsmittel des Güter- und Personenverkehrs. (Bravo! b. d. Natl.)

Präsident des Reichseisenbahnamts Schulz: Die Tätigkeit des Reichseisenbahnamts wird deshalb leicht unterschätzt, weil sie nicht öffentlich zu Tage tritt. Sie hat sich vor allem in bezug auf die Vermehrung der Betriebssicherheit und in bezug auf die Landesverteidigung geltend gemacht. Was den Antrag der Sozialdemokraten angeht, so kann ich heute nicht sagen, welche Stellung die verbündeten Regierungen dazu einnehmen würden, falls etwa der Antrag angenommen wird.

Storz (südd. Vp.) führt Beschwerde über die große Benachteiligung Württembergs, besonders auch durch Bayern. Der sozialdemokratische Antrag bleibt auf halbem Wege stehen. Die Eisenbahnen müssen vollständig Reichssache werden. Freilich wird das nicht sobald zu erreichen sein.

v. Normann (K.) erklärt sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, weil er die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten beschränke.

Dr. Müller-Sagan (FVp.) verlangt allgemeine Einführung des neuerschienenen Reichsviehkursbuches, anstelle des Pferdekursbuches des Generalstabs und

Präsident Dr. Schulz verspricht dies.

Dreesbach (SD.): Als badischer Abgeordneter will ich einige Bemerkungen machen. Alle Eisenbahnverwaltungen sind nach einem treffenden Ausdruck des Abg. Erzberger verkehrspolitische Sünder, Baden und Württemberg nicht ausgenommen. Diese haben ja jetzt schwer unter den Umleitungen zu leiden, haben aber schon in den 50er Jahren mit der italienischen Post und in den letzten Jahren im Güterverkehr mit Oesterreich solche versucht. Jeder Einzelstaat muß eben für eine möglichst gute Rente sorgen. Auf Grund des § 42 der Verfassung kann das Reich da schwerlich eingreifen. Unser Antrag, der von den Abgeordneten Storz und Dr. Hieber vollkommen mißverstanden worden ist, ist doch ganz klar. Wir verlangen nicht eine Vereinfachung des Besitzes, sondern des Betriebes und der Verwaltung. Früher haben die Einzelstaaten im Interesse ihrer Hoheitsrechte sich dagegen gewehrt. Nachdem Preußen seine fiskalische Eisenbahnpolitik siegreich durchgeführt hat, ist es der schlimmste Partikularist geworden. So waren wir in Baden gezwungen, die Main-Neckar-Bahn an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft auszuliefern, weil sie uns vollkommen boykottiert und zugrunde gerichtet hätte. Doch sollten alle Einzelstaaten ein Anrecht auf eine gesicherte Existenz haben. Darum haben wir unsern Antrag gestellt. Aber auch ihre Aufgabe für Industrie und Landwirtschaft kann die Eisenbahn nur unter einheitlicher Leitung erfüllen. Auch die Arbeiter haben ein lebhaftes Interesse an der Gemeinschaft und Tarifverbilligung. Erst das Eingreifen des Reichstages kann hier zu annehmbaren Zuständen führen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Gamp (RP.) verteidigt die Umleitungen und die Praxis des Reichseisenbahnamts. Die preußische Regierung hat noch nie das finanzielle Eigeninteresse über das Allgemeininteresse gestellt. (Lautes Lachen links.) Hessen gegenüber hat es direkt Opfer gebracht. Es wird sicher ebenso bereit sein, Baden und Württemberg — — — (Gr. Heiterkeit links; Zurufe: zu verschlucken!). Herr Dreesbach ist der preußischen Regierung nicht einmal dankbar gewesen, daß sie die 4. Klasse so bequem eingerichtet hat. Dafür sollte er doch wenigstens dankbar sein. (Bravo! rechts.)

Gothein (FVg.): Die heutige Debatte stammt aus dem einzelstaatlichen Neid auf die glänzenden Eisenbahnüberschüsse Preußens. Bei den ganzen Erörterungen stellt man den Grundsatz auf: Unlauterer Wettbewerb ist der, den mir jemand macht, lauterer Wettbewerb der, den ich jemand mache. (Heiterkeit.) Ueberall überwiegt das Interesse des Fiskus das der Allgemeinheit. Schon bei der

Verstaatlichung hat Herr Miquel versprochen, das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen, und hinterher auf Vorhaltungen erwidert, man hätte es eben nicht glauben sollen. (Heiterkeit.) Immerhin kommt das Publikum bei dieser Konkurrenz noch auf seine Rechnung, und ich wünsche, daß sie erhalten bleibt. Der Antrag Auer würde den Etat der Einzelstaaten vollkommen unübersichtlich machen, deshalb muß ich dagegen stimmen. (Bravo! links.)

Hofmann-Saalfeld (SD.): Bei der Vielheit der Eisenbahnverwaltungen ist es für Thüringen besonders schwer, überhaupt neue Eisenbahnlinien zu erhalten. Das kleine Fürstentum Schwarzburg-Rudolfstadt sollte bei einem Gesammtetat von nur 3 Millionen 1½ Millionen Beitrag für eine neue Bahnlinie leisten. Aehnliche Forderungen hat Preußen an Sachsen-Meiningen und andere Kleinstaaten gestellt. Diese werden noch allmählich lernen, Preußen nicht als unterwürfige Bittsteller gegenüber zu treten, sondern ihr gutes Recht mit Energie zu fordern. Ich habe Ihnen diese Einzelheiten vorgetragen, um zu zeigen, daß die Annahme unseres Antrags aus kulturellen Gründen notwendig ist. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Wolff (Wirtsch. Vg.): Ich stimme den Wünschen der Süddeutschen und deshalb dem Kommissionsantrag zu. Ich stehe auch dem sozialdemokratischen Antrag nahe, habe aber Bedenken gegen seine Durchführbarkeit.

Dr. Müller-Meiningen (FVp.) schließt sich den Klagen des Abg. Hofmann über die Benachteiligung der Thüringischen Staaten durch Preußen an.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution der Budgetkommission wird einstimmig angenommen; der Antrag Auer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Etat des Reichseisenbahnamts wird bewilligt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen; Justizetat.)

Schluß 5¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Novelle zum Börsengesetz, die dem Reichstag zugegangen ist, beschränkt sich auf die allerdürftigsten Reformvorschläge, die eigentlich nur die Abstellung eines Mißstandes zum Ziele haben, aber andere Unerträglichkeiten der Börsengesetzgebung ruhig fortbestehen lassen. Es handelt sich bei dem Regierungsentwurf im wesentlichen um die sogenannte Reparatur von Treu und Glauben, um das, was der Börsenausschuß schon im Juni 1901 einstimmig, also einschließlich der agrarischen Mitglieder, verlangt hatte: die Aufhebung des sog. Differenzeinwandes. Es sollen bestehen bleiben Registerzwang und Terminverbot. Das ist eine so lächerlich geringe Reform! Es zeigt sich daran wieder einmal die grenzenlose Schwäche und Nachgiebigkeit der Regierung gegen die Agrarier, die sie hindert, das, was sie für ersprießlich und notwendig hält, auch mit Einsetzung ihrer ganzen Autorität zu fordern. Die großen Herren der Börse sollten nicht zu viel fordern, um nicht alles zu gefährden, so meinte jüngst der Handelsminister. Es handelt sich aber doch nicht bloß um eine Angelegenheit der Herren von der Börse, sondern, wie die Vorgänge der letzten Wochen gezeigt haben, um eine die ganze Volkswirtschaft tief berührende Angelegenheit, vor allem auch den Staat inbezug auf die Unterbringung und den Stand seiner Anleihen sehr nahe angeht. Unter diesen Umständen wäre es einfach Pflicht der Regierung, alles aufzubieten, um die durch die falsche Gesetzgebung verursachten Schäden durch eine umfassende Reform zu heilen, welche der deutschen Börse wieder mehr Bewegungsfreiheit gibt. Nachdem selbst die Väter des Börsengesetzes die gemachten Fehler zugestanden haben, gibt es für die jetzige Zurückhaltung gar keine Entschuldigung. Die Regierung und die Parteien, welche die verfehlte Börsengesetzgebung zustande gebracht haben, sollten sich verantwortlich dafür fühlen, daß dieser Fehler sobald als möglich wieder gut gemacht wird.

Zu der Stichwahl in Eschwege-Schmalkalden hat der liberale Verein in Charlottenburg, welcher Angehörige aller Fraktionen umfaßt, Stellung genommen. Eine zahlreich besuchte, von Professor v. Liszt geleitete Versammlung faßte nach lebhafter Debatte einstimmig eine Resolution, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß alle liberalen Wähler des Wahlkreises Eschwege-Schmalkalden bei der Stichwahl gegen den Antisemiten Stellung nehmen werden. Mit allen gegen eine Stimme beschloß man auch, die gleiche Erwartung der Zentralleitung der freisinnigen Volkspartei auszusprechen. Zur Unterstützung einer Agitation in diesem Sinne unter den freisinnigen Wählern des Wahlkreises stellte der Verein aus seinen Mitteln 300 Mk. zur Verfügung, welche Summe sich durch Beiträge verschiedener Mitglieder noch erhöhte. — Es bleibt abzuwarten, ob Eugen Richter eine ähnliche Parole ausgeben wird und ob auch die freisinnigen Wähler in Eschwege-Schmalkalden der Parole folgen werden. Wir versprechen uns nicht allzu viel.

Deutschland und Kanada. Wie „Laffans Bureau" meldet, beabsichtigt Deutschland mit England und Kanada in eine Erörterung der Revision der gegenwärtigen Kampfzölle einzutreten. — Diese Nachricht hat nun auf die Oertel'sche „Deutsche Tageszeitg." gewirkt, wie ein rotes Tuch auf den Stier. Das agrarische Blatt schreit davon, ein solches Vorgehen entspreche nicht der Würde des deutschen Reichs. Natürlich! Was den agrarischen Nimmersatten wider den Strich geht, entspricht nach agrarischer Anschauung jedesmal nicht der Würde Deutschlands. Glücklicherweise stellen aber die Agrarier noch nicht das deutsche Reich selbst dar, wenn auch agrarisch Trumpf ist.

Ueber die gesundheitlichen Ausführungsbestimmungen zur Seemannsordnung, die im Reichsgesundheitsamte ausgearbeitet werden, hat eine Konferenz mit Sachverständigen stattgefunden. Soweit dabei die Seefischerei in Betracht kommt, hat sich ergeben, daß bei den bestehenden Vorschriften über die Untersuchung der Schiffsleute auf Tauglichkeit zum Schiffsdienst sowie über die Ausrüstung der Kauffahrteischiffe mit Hilfsmitteln der Krankenpflege wesentliche Aenderungen im Interesse der Seefischerei nicht zu machen sind. Die Vorschriften über die Größe und Einrichtung der Logisräume sowie die Einrichtung der Wasch- und Baderäume und der Aborte für die Schiffsmannschaft sollen auf Hochseefischerei-Fahrzeugen keine Anwendung finden, weil dies der Gewerbebetrieb nicht [illegible].

Zu der Russendebatte im preußischen Abgeordnetenhause und gegenüber den Ausführungen des Justizministers Schönstedt stellt der „Vorwärts" ausdrücklich fest, daß der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie bisher weder direkt noch indirekt etwas mit der Herstellung oder der Verbreitung russischer sozialdemokratischer Schriften zu tun gehabt hat.

Unser Platz an der Sonne! Die Budgetkommission des Reichstages setzte Dienstag die Beratung des Etats für Ostasien fort. Gröber (Z) trat für Streichungen an den Forderungen ein. Müller-Fulda (Z.) schilderte eingehend die Kostspieligkeit der ganzen Verwaltung. Wenn man die Truppen vorläufig nicht zurückgehen lassen könne, so sollte doch für eine billigere Wirtschaft gesorgt werden. In Klautschou sei pro Kopf für die Kleidung 1900: 140 Mk., 1902: 480 Mk., 1903: 240 Mark, 1904: 330 Mk. zu zahlen gewesen. Die Pferde für die Zivilbevölkerung kosteten in Klautschou 330 Mark, für die Militärverwaltung 1800 Mark! Das sei kein Verhältnis. Er wünsche die ostasiatische Besatzungsbrigade dem Reichsmarineamt unterstellt zu sehen. Dadurch könne Geld erspart werden. Der Kriegsminister nahm die Verwaltung in Schutz. Es werde durchaus wirtschaftlich gearbeitet. Nur die amerikanischen Pferde bei der Expedition haben etwa 18000 Mk. gekostet, einschließlich der Transportkosten. Er sei aber sehr dankbar, wenn man die Ersatzbrigade der Marineverwaltung unterstelle. Payer (DVp.) beantragte folgende Resolution: die Regierungen zu ersuchen, mit allem Nachdruck, soweit erforderlich im Wege der internationalen Vereinbarung, die möglichst rasche und möglichst vollständige Zurückziehung der Truppen der ostasiatischen Expedition in die Wege zu leiten. Ledebour (SD.) sprach sich gegen längere Kapitulationen aus, denn sie seien die Vorstufe für eine Kolonialarmee. Man müsse sofort auf die Zurückziehung der Truppen dringen, wie das Amerika getan hat. Man solle lediglich an die Gegenwart denken. Es sei wirklich keine Zeit zu Experimenten im Hinblick auf den russisch-japanischen Krieg. Dr. Arendt (Rp) ist nicht dieser Meinung. Er hält eine Kolonialarmee für erforderlich. Man solle sich nicht an dem Namen stoßen. Dr. Spahn (Z.) spricht sich gegen die Resolution Payer aus. Vielleicht sei in der Position „Generalkommando" etwas beim Hilfspersonal zu sparen. Er sei gleichfalls der Meinung, daß zur Zeit eine durchgreifende Reorganisation nicht stattfinden könne. Schafften wir eine Kolonialarmee, so kehrten wir zum Söldnerwesen zurück. Deshalb sei er Gegner einer solchen Armee. Schließlich wurde der erste Etatstitel (Besoldung) bewilligt und sodann die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Bedingte Begnadigung. Dem Reichstage ist eine die Zeit bis Ende 1903 umfassende Zusammenstellung zugegangen über die Anwendung der in den Bundesstaaten für die bedingte Begnadigung geltenden Vorschriften. Aus der umfangreichen Statistik führen wir nur an, daß in den letzten vier Jahren stets etwa vier Fünftel der Fälle einen günstigen Ausgang gehabt haben. In diesen Fällen ist also eine Besserung der Verurteilten ohne Strafvollstreckung herbeigeführt worden. Die Bewährungsfrist war in der großen Mehrzahl der Fälle (78 Proz.) auf weniger als drei Jahre bemessen. Nur bei 22 Prozent aller Fälle betrug sie drei Jahre oder mehr. Die strafbaren Handlungen, auf welche sich die bedingte Begnadigung bezog, waren in 66 Proz. aller Fälle ein Vergehen, in 21 Proz. ein Verbrechen und in 13 Proz. eine Uebertretung. Im Jahre 1903 wurde in 13779 Fällen die Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht auf Begnadigung gewährt. Die Zahl dieser Fälle hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Bis Ende 1898 betrug sie durchschnittlich nur jährlich 6041. — Diese Erfahrungen sprechen lebhaft dafür, daß nun endlich das völlig ungenügende System der bedingten Begnadigung durch die bedingte Verurteilung ersetzt werde.

Die Kommission des Reichstags für die Kaufmannsgerichte, die Dienstag die erste Lesung des Gesetzentwurfs beendete, nahm einen Antrag an, der diese Gerichte auch als Einigungsämter fungieren lassen will. Im Uebrigen wurde die Regierungsvorlage unverändert gelassen. Die 2. Lesung wurde auf Donnerstag, den 3. März, anberaumt.

Wirtschaftliche Folgen des Krieges. Der ostasiatische Krieg hat, wie aus Aachen gemeldet wird, den belgischen, speziell den Lütticher Waffenschmieden ungemein reichliche Arbeit gebracht. In den letzten Tagen passierten große Sendungen von Revolvern und Pistolen für russische Rechnung Verviers. Zeitweise war der Verkehr derart lebhaft, daß am Bahnhof Verviers (West) Stockungen eintraten. Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurden größere Abschlüsse für russische Rechnung in den letzten Tagen gemacht, desgleichen erhielten einzelne größere deutsche Tuchfabriken seitens Japans umfangreiche Bestellungen auf sofortige Lieferung.

Agrarier und Mittelstand. Wie heißt doch das schöne Sprüchen, das der Reichskanzler jüngst zitierte? „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein". Graf Bülow hat es auf die Sozialdemokratie gemünzt, es paßt aber eher auf andere Leute. Nach einer Meldung der Nienburger „Harke" hat in einer am letzten Freitag in Nienburg abgehaltenen Versammlung des Bundes der Landwirte, nachdem Oberleutnant a. D. Vogler lebhaft bedauert hatte, daß der städtische gewerbliche Mittelstand so wenig zahlreich in der Versammlung vertreten sei, Herr v. Arnstorff-Lyle bekannt gegeben, der Bund werde demnächst eine Liste seiner Nienburger Mitglieder aus dem Kreise der Handwerker und Gewerbetreibenden herausgeben und den übrigen Mitgliedern mit der Bitte übersenden, nur bei den auf der Liste namhaft Gemachten zu kaufen. Die nicht mitmachen wollen, sollen also geschäftlich ausgehungert werden; wenn kein Zuckerbrot mehr hilft, muß eben die Peitsche her! Da werden wohl auch an anderen Orten die Gewerbetreibenden erkennen, wie die gepriesene „Mittelstandsfreundigkeit" der Bündler in Wirklichkeit beschaffen ist.

Die bayerische Kammer setzte Dienstag die Debatte über die Wahlreformvorlage fort. Heim (Z.) führte aus, daß seit 34 Jahren die Situation für eine Wahlgesetzreform noch nie so günstig lag, wie jetzt, wo auch die Kammer der Reichsräte einverstanden sei. Plötzlich käme der Widerspruch der liberalen Partei. Redner polemisierte dann gegen den Antrag des Grafen Mey, den Geistlichen das aktive und passive Wahlrecht zu entziehen, und schloß seine Ausführungen mit heftigen Angriffen auf die Liberalen, die aus kleinlichen, persönlichen Rücksichten dies Gesetz zu Falle brächten. Minister Frhr. v. Feilitzsch erklärte, der Landtag habe sich einmütig für kleinere Wahlkreise ausgesprochen. Die Staatsregierung werde aber bei der Ausarbeitung der neuen Wahlkreiseinteilung alle Verhältnisse nochmals objektiv prüfen. Der Minister wies dann sowohl die Berechnungen, wie das Wahlresultat bei dieser oder jener Einteilung sein werde, als auch die Angriffe der Liberalen als unzutreffend und ungerecht zurück. Die Regierung habe ihre Pflicht getan, um das Wahlgesetz zustande zu bringen. Alle Parteien möchten die Hand zu dem Kompromiß bieten, um noch in letzter Stunde das Gesetz zu retten. Casselmann (liberal) erklärte, seine Partei lasse sich von ihrer Stellung zum Wahlgesetz weder durch Drohungen, noch durch Liebenswürdigkeiten abbringen, sie verlange Beseitigung der relativen Mehrheit und Konzessionen in der Wahlkreiseinteilung. Der Antrag Mey sei ein Beweis dafür, daß weite, gut katholische Kreise die jetzige politische Agitation der Geistlichen verurteilen. Hierauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Die Städte gegen die Aufhebung des Oktrois auf Lebensmittel. Im städtischen Rathaussaal in Mainz trat am Sonnabend mittag die Vertreterversammlung des auf dem Dresdener Städtetag gewählten Ausschusses zusammen, um Stellung zu nehmen zu § 13 des Zolltarifs, durch den der Oktroi (städtische Zoll) auf Lebensmittel aufgehoben werden soll. Es waren u. a. vertreten: Nürnberg, Augsburg, Bamberg, Karlsruhe, Dresden, Ulm, Darmstadt, Worms, Wiesbaden, Metz, Mainz, Weimar, Aachen, Kassel, Posen. Den Vorsitz führte Oberbürgermeister Beutler aus Dresden. Nach längeren Beratungen wurde beschlossen, eine Petition an den Reichskanzler, den Bundesrat und den Reichstag zu richten und um Aufhebung des § 13 zu bitten, eventuell wenn dies nicht angängig sei, um Verlängerung der Frist, die am 1. Januar 1910 abläuft. — Gegen den Zolltarif selbst haben die Stadthäupter nichts einzuwenden. Die gewaltigen Mehrlasten, die er in Aussicht stellt, dürfen die Massen tragen, aber die kleine Erleichterung, die den Agrariern abgerungen wurde, soll wieder beseitigt werden!

Vom Krankenkassen-Kriegsschauplatze. Infolge der bekannten Regierungsmaßnahme hat der Vorstand der Ortskrankenkasse in Köln für die in Fabriken beschäftigten Personen sein Amt niedergelegt. Der Vorstand gibt als Grund seines Rücktritts an, daß er aus den Verfügungen der Aufsichtsbehörde seine ihm verbliebenen Befugnisse nicht mehr erfüllen könne. — In Witten a. d. R. wurde der Streit Montag Abend beigelegt. Die Aerzte erhalten für jedes unverheirathete Kassenmitglied 4 Mk., für jedes verheirate 10 Mk. Honorar.

Eine drakonische Strafe. Das Kriegsgericht in Kassel verurteilte den Musketier Faeßel vom 167. Infanterieregiment wegen Widersetzlichkeit, Ungehorsams und Bedrohung von Vorgesetzten zu fünf Jahren Gefängnis.

Vom Herero-Aufstande. Von Gouverneur Leutwein sind neuerdings folgende zwei Telegramme eingegangen: „Die gegenwärtige Kriegslage ist folgende: Die Ostabteilung unter Glasenapp marschiert über Gobabis gegen den Häuptling Tjotjo und sperrt die Grenze. Die Hauptabteilung sammelt sich bei Okahandja, und beschränkt sich bis zum Eintreffen der Verstärkung auf kleinere Vorstöße gegen den anscheinend bei Otjosongati und Waterberg sich in abwartender Stellung befindlichen Feind. Die Westabteilung unter Estorff geht auf Outjo vor und entwaffnet den Omaruru-Stamm. Vom Süden des Schutzgebietes ist eine Kompagnie und eine Gebirgsbatterie im Anmarsch. Zum Schutze des Südens bleiben eine Kompagnie und zwei Geschütze." Das zweite Telegramm lautet: „Eine Abteilung unter Oberleutnant Schultze erbeutete am 8. in dem Gefecht südlich von Tsumanas 300 Stück Großvieh und 400 Stück Kleinvieh. Der Feind hatte 10 Tote. Diesseits sind keine Verluste. Am 2. Februar haben Ovambos des Kapitäns Nechale den Polizeiposten in Amatoni angegriffen, wurden aber mit Verlusten von 60 Toten abgeschlagen. Der Posten wurde später eingezogen. Die Ovambos des Kapitäns Kambondo sind bisher friedlich. Estorff hat die Verbindung mit Outjo hergestellt." — Wie die „Nordd. Allg. Ztg." vernimmt, ist die Einbringung eines Ergänzungsetats zum Etat für 1904 beabsichtigt. Darin soll ein ausreichender Betrag zur Entschädigung der im Schutzgebiet von Südwestafrika anläßlich des Eingeborenenaufstandes erlittenen Vermögensverluste gefordert werden. Es wird immer schöner. Erst reizt man die Eingeborenen durch eine verkehrte Verwaltung und eine grenzenlose Uebervorteilung zum Aufstande, und wenn dann bei dieser Verzweiflungstat der Eingeborenen Vermögen der Kolonisten zerstört wird, dann sollen die deutschen Steuerzahler die Verluste ersetzen!

Kleine politische Nachrichten. Dem Reichstage ist die Uebersicht über die zur Kenntnis der Gewerbeaufsichtsbeamten gelangten rechtskräftigen Bestrafungen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterschutzbestimmung der Gewerbeordnung usw. im Jahre 1902 zugegangen. — In der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags wurde Dienstag die Wahl des Abg. Fries (natlib., Sachsen-Weimar) für giltig erklärt. — Wegen Soldatenmißhandlung in acht Fällen wurde nach dem „Berl. Tagebl." ein Unteroffizier Heidrich vom 177. Infanterie-Regiment zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Einer der Mißhandelten, ein Rekrut Kopp, war aus dem Kasernenfenster gesprungen und schwerverletzt mit zerschlagenen Gliedern liegen geblieben, sodaß es fraglich ist, ob er wieder gesund werden wird. — Zu Ruhestörungen kam es Montag in Madrid nach Beendigung der Kammersitzung. Als den republikanischen Deputierten von mehreren republikanischen Vereinen Huldigungen dargebracht wurden, ging die Polizei mit gezogenem Säbel gegen die Menge vor. Hierbei wurden vier Personen schwer und zahlreiche andere leicht verletzt. — Der „Soir" meldet aus Genua: Die Türkei bestellte bei den dortigen Schiffswerkstätten sieben Torpedoboote für 9 Millionen Franks.

Spanien.

Spanien rüstet! Die spanische Regierung hat den Entschluß gefaßt und ausgeführt, nach verschiedenen strategi-

schen Punkten, wie Ceuta, Melilla, Algeciras, Galicien, den Balearen und den Kanarischen Inseln Truppenverstärkungen zu schicken. Es sind dieser Tage im ganzen 12 000 Mann nach den genannten Punkten verschifft worden. Ein Beamter im Kriegsministerium erklärte, daß auch viel schweres Geschütz hinbefördert wurde und daß Spanien die Rüstungen fortsetzen wolle, als sei für das Land eine direkte Kriegsgefahr vorhanden. Man meint nämlich, daß, wenn England und Frankreich infolge des ostasiatischen Krieges aneinander geraten würden, es leicht geschehen könnte, daß spanische Gebiete, und zwar nicht nur die Balearen, die Kanarischen Inseln und die nordafrikanischen Festungen, sondern vielleicht die Halbinsel selbst zum Kriegsschauplatz würde. Die Regierung verlangt in Verfolgung dessen einen Kredit für Kriegszwecke in Höhe von 9½ Millionen, der auf 15 Millionen erweitert werden kann. Am Dienstag bewilligten ihn die Kortes.

Bulgarien.

„Sehr unwahrscheinlich" sei ein Krieg mit der Türkei, erklärte der Minister des Innern, Petkow, der sich auf einer Agitationsreise befindet, seinen Wählern. Die Regierung wende alles an, um einen solchen zu vermeiden. Auch die „Frankf. Ztg." läßt sich aus Konstantinopel drahten, daß eine gütliche Auseinandersetzung zwischen der Türkei und Bulgarien bevorzustehen scheine; die Türkei sei zu größtem Entgegenkommen bereit. Da weiter noch hinzukommt, daß nach einer Wiener Meldung die Oberleitung des mazedonischen Komitees erklärt haben soll, sich den Ententemächten gegenüber verpflichten zu wollen, unter keinen Umständen das Reformwerk in Mazedonien zu stören, so scheint Grund zu der Hoffnung vorzuliegen, daß die Balkanfrage vorläufig nicht aufgerollt werden wird. Indessen muß man auch hier immer mit plötzlichen Ueberraschungen rechnen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 24. Februar 1904.

Der Bürgerschaft lagen am Montag eine ganze Reihe wichtiger Tagesordnungspunkte vor, von denen jedoch nur einige wenige ihre Erledigung fanden. Zunächst gelangte eine den Seedamm in Travemünde betreffende Vorlage zur Beratung. In Verbindung hiermit wurde der Schutz des Brodtener Ufers einer eingehenden Erörterung unterzogen. Zur Erläuterung der technischen Ausführungen des Oberbaudirektors Rehder, den der Senat zur Beratung hinzugezogen hatte, waren im Hintergrunde des Saales mehrere Tafeln aufgestellt. Als erster Redner nahm zunächst der Oberbaudirektor das Wort, der die Frage, ob ein Schutz des Brodtener Ufers notwendig sei, unbedingt bejahte, sich jedoch bezüglich des Seedammes für eine mehrjährige Vertagung aussprach. Im allgemeinen gipfelte der nicht technische Teil seiner Ausführungen in der Mahnung, langsam zu arbeiten, da ein stürmischer Wasserbauer viel Geld koste. Der nächste Redner, Präses Fehling, bedauerte sonderbarer Weise, daß der Oberbaudirektor nicht schon in der unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagenden Versammlung zugegen gewesen sei. Ferner nahm er den Geologen, Professor Friedrich, der in einem vom Oberbaudirektor erstatteten Bericht von diesem in gerade nicht sehr zarter Weise angerempelt wird, in Schutz und sagte dem Oberbaudirektor einige von diesem jedenfalls nicht sehr angenehm empfundene Worte über die Duldung der Kritik. Im Uebrigen fungierte dieser Redner, wie so viele andere nach ihm, als eifriger Befürworter eines sofort in Angriff zu nehmenden Schutzes des Brodtener Ufers. Nur dem Umstande, daß der Oberbaudirektor die baldige Vorlage eines diesbezüglichen Projektes zusagte, ist es zu verdanken, daß das von Herrn Fehling gewünschte Eiltempo nicht eingeschlagen wurde. Und das ist unserer Meinung nach mit Freuden zu begrüßen. Ist es doch eine bekannte Tatsache, daß man in unserem Staatswesen schon so manche Sache infolge des Umstandes, daß man sie über's Knie brach, unnützer oder verkehrter Weise ausführte und dadurch dem Staatssäckel enorme Lasten aufbürdete, die mehr oder weniger verpulvert waren. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß auch wir von der Notwendigkeit des Schutzes des Brodtener Ufers, das immer mehr abbröckelt, überzeugt sind, wenn wir auch gerne zugeben wollen, daß man bei den heutigen traurigen Finanzverhältnissen Bedenken gegen die sofortige Ausführung dieser Schutzarbeiten hegen kann. Das ist ja eben das Traurige in unserem heutigen „Kultur"staate, daß für wirklich notwendige und nicht im Augenblicksinteresse liegende Sachen in den wenigsten Fällen Geld vorhanden ist. So gibt man die Küsten immer mehr dem Anprall der Meereswogen, gibt schließlich im Laufe von Jahrhunderten ganze Länderstriche dem Meere preis, ohne rechtzeitig für einen genügenden Schutz zu sorgen. Das hier bei dem Brodtener Ufer jetzt eine Ausnahme gemacht werden soll, unterstützen wir. Diese Schutzmaßregeln müssen aber derartige sein, daß sie Jahrhunderte standhalten und so späteren Generationen zugute kommen. Deshalb aber halten wir eine Ueberstürzung für direkt verkehrt und empfehlen hier eingehende Prüfung aller event. in Betracht zu ziehenden Maßregeln. Entschieden aber wenden wir uns gegen den Bau eines Seedammes in Travemünde, so lange nicht ein direktes Bedürfnis dafür vorliegt. Das jedoch ist heute noch nicht der Fall. Die wenigen Schiffe, die für den Travemünder Hafen in Betracht kommen, können sehr gut mit den dort heute bestehenden Einrichtungen auskommen. — Aus der weiteren Debatte über diesen Punkt möchten wir noch hervorheben, daß Herr Rabe sich bei seinem Widerstand gegen die Bebauung des ganzen Strandes anscheinend von anderen Interessen, als denen des Allgemeinwohles, leiten ließ, wie Herr Meincke-Travemünde, der das ja wissen muß, behauptete. Herrn Rabe's Villa würde nämlich durch eine Bebauung des Strandes bis zum Seetempel hinauf die Aussicht genommen werden. Herr Rabe verwahrte sich zwar entschieden gegen diese Unterstellung, konnte aber damit den auch bei anderen Bürgerschaftsmitgliedern hervorgerufenen Eindruck seines Widerspruches nicht verwischen. Hätte er einer solchen Meinung vorbeugen wollen, dann wäre hier Schweigen am Platze gewesen.

Ein nicht minder großes Interesse nahm der nächste Punkt, Besprechung der Vorlage, betr. das Schwimmhallenbad, in Anspruch. Wie wir verschiedentlich dargelegt haben, halten wir ein Schwimmhallenbad unter den heutigen Umständen für ein teures und völlig überflüssiges Stück Möbel. Will man, was allerdings unbedingt notwendig ist, die Badegelegenheit für die unteren Volkskreise im Winter vermehren, dann möge man Brausebäder errichten. Leider scheint hierfür vorläufig keine Aussicht zu sein, da sich verschiedene einflußreiche Kreise unserer Stadt nun einmal auf ein Hallenschwimmbad versteift haben. Der Vorsitzende des Lübecker Schwimmvereins, Herr Scharff, gab sich alle erdenkliche Mühe, den Senat nun doch zur Ausführung des projektierten Planes, auf der Parade ein Hallenschwimmbad zu errichten, zu veranlassen. Er suchte die neuen Schwierigkeiten, die den Senat veranlaßten, vorläufig von dem Projekt Abstand zu nehmen, als ganz geringe hinzustellen. Für ihn sind 2500 Mk., welche durch den höheren Zinsfuß an Mehrkosten entstehen, eine Kleinigkeit. Für ihn ist auch der alsdann jährlich 11725 Mk. betragende Staatszuschuß eine „Kleinigkeit". Verschiedene Redner traten diesem Schwimmhallenbadschwärmer entschieden entgegen und bezweifelten mit Recht die Richtigkeit der Rentabilitätsberechnung. Nach ihrer auch von uns geteilten Meinung würde eine derartige Anstalt jährlich 20000 Mk. Staatszuschuß erfordern. Eine solche Summe kann natürlich unter den heutigen Finanzverhältnissen unter keinen Umständen verausgabt werden. Das scheint aber selbst dem Senat nicht einzuleuchten, denn sein Kommissar, Herr Dr. Fehling, erklärte, die Ausführung des Schwimmhallenbad-Projekts sei nur vertagt. Hoffentlich währt diese Vertagung einige Jahrzehnte! Dann mögen sich ja die finanziellen Verhältnisse derart gebessert haben, daß auch wir der Erbauung eines Schwimmhallenbades unsere Zustimmung erteilen können. — Herr Dr. Wittern sah sich wieder einmal genötigt, der Bürgerschaft eine Ueberraschung zu bereiten. Er will jedenfalls, wie s. Zt. bei der verfassungswidrigen Etatsüberschreitung des Landgerichtspräsidenten, durch sein Auftreten dokumentieren, daß er noch Männerstolz vor Senatssesseln besitzt. Dieser Stolz des nationalliberalen Herrn verraucht aber meist noch schneller, wie er gekommen ist. So war es damals, so war es auch am Montag. Er warf anfangs im vollen Brustton der Ueberzeugung dem Senat indirekt eine Verfassungsverletzung vor und brachte eine, diese Verletzung festnagelnde Resolution ein, zog diese aber später wieder ganz kleinlaut zurück. Seine Absicht war unstreitig, dem Senat eine Schlappe beizubringen; er aber blieb als moralisch Besiegter auf der Strecke. Wir bedauern das, weil es uns höchst angenehm gewesen wäre, bei einer Abstimmung einmal diejenigen Volksvertreter kennen zu lernen, die gegen das auch nach unserer Meinung nicht korrekte Verhalten des Senats protestiert hätten. Man vergegenwärtige sich die Sachlage: Die Bürgerschaft beschließt, es soll auf dem Grundstück Parade 1 ein Hallenschwimmbad errichtet werden. Der Senat erteilt hierzu seine Zustimmung. Jetzt aber dekretiert der Senat einfach, das von der Bürgerschaft beschlossene Projekt wird vorläufig nicht ausgeführt. Hier hätte der Senat unter Klarlegung der ganzen Sachlage die Bürgerschaft um ihre Meinung fragen müssen. So ist es nämlich in einem konstitutionellen Staatswesen Usus.

Jetzt wollte man Schluß machen und der Wortführer schlug Vertagung auf Mittwoch vor, stieß hierbei jedoch auf den schärfsten Widerstand. Darauf einigte man sich dahin, daß noch 3 Punkte erledigt werden und dann Vertagung auf kommenden Montag eintreten sollte.

Zu einer lebhafteren Debatte kam es nur noch beim letztberatenen Senatsantrag auf Bewilligung von 56 000 Mark aus dem Reservefonds der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Beschaffung und zum Einbau von Wassermessern. Hier nahm Herr Pape berechtigten Anlaß, sich über die Preise der Wassermesser und über die Handhabung der Vorschriften zu beschweren. Er wies darauf hin, daß man, wenn man das Hamburger Beispiel beim Wassermesser-Ankauf befolgt hätte, 12320 Mk. Ersparnis gemacht haben würde. Die vom Senatstische hiergegen erhobenen Einwendungen waren unserer Meinung nach völlig nichtssagend. Ein von Herrn Dobberstein gestellter, von ihm selbst aber sicherlich nicht ernst gemeinter Antrag auf Ablehnung des Senatsantrages wurde gegen 2 oder 3 Stimmen abgelehnt. — Kurz nach 2½ Uhr trat Schluß ein.

Bezüglich der Frage des Schwimmhallenbades macht ein Bürgerschaftsmitglied in den „L. A." den Vorschlag, die Landesversicherungsanstalt solle das Bad bei einer jährlichen Staatsbeihülfe von 12- bis 20 000 Mk. errichten. Der Einsender meint, daß die Finanzlage nicht so schlecht sei, daß ein derartiger Betrag nicht aufgebracht werden könne. — Dieser Vorschlag ist noch entschiedener zu verwerfen, als der, das Bad trotz des zu erwartenden Defizits, von Staatswegen zu errichten. Wenn Lübeck doch 12- bis 20 000 Mk. jährlichen Staatszuschuß gewähren soll, dann kann es getrost den Bau selbst in die Hand nehmen.

Der Siegeslauf der Bücher- und Lesehallen-Bewegung. Wir weisen nochmals auf den Vortrag hin, den Herr Dr. Ernst aus Hamburg am Mittwoch, den 24. Febr., abends 7 Uhr, über dieses Thema im großen Saale der „Gemeinnützigen Gesellschaft" halten wird. Die Freunde der Bücher- und Lesehallen sollten sich diese Gelegenheit, einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand und die Ziele der „Bücher- und Lesehallenbewegung" zu gewinnen nicht entgehen lassen, zumal der Vortragende die Zuhörer an der Hand von Lichtbildern durch die bedeutendsten Lesehallen des In- und Auslandes führen wird. Auch auf die im Anschluß an den Vortrag um 8½ Uhr stattfindende Jahresversammlung des Vereins „Oeffentliche Lesehalle" machen wir nochmals aufmerksam.

Arbeiterrisiko. Der auf dem Sandt'schen Bau verunglückte Zimmerer heißt nicht, wie gemeldet, Gamp, sondern Karl Gamm.

Die kostenlose Hergabe eines Platzes bei den Sandbergstannen zwecks Verlegung des Zoologischen Gartens war in einem Gesuch vom Finanzdepartement erbeten, jedoch abgelehnt worden. Nunmehr hat der Besitzer des Gartens mit Unterstützung des St. Gertrud-Vereins um die einmalige Zuwendung einer Summe von 6000 Mark gebeten, wogegen er sich zur Gewährung des freien Eintritts der einzelnen Klassen der Volksschulen verpflichten will. Wir möchten nur wünschen, daß Senat und Bürgerausschuß im Interesse der Erhaltung des Zoologischen Gartens diesem Gesuch entsprechen.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Helfmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Aus dem Gerichtssaal. Als unehrliche Reinmachefrau entpuppte sich die Ehefrau G., die einem Malermeister, bei dem sie beschäftigt war, verschiedentlich Geldbeträge aus einer Kassette entwendete. Der Gesamtbetrag der gestohlenen Summe beträgt etwa 75 Mk. Das Gericht erkannte auf zehn Tage Gefängnis. — Der Arbeiter B. machte bei einem hiesigen Gastwirt Zech- und Logisschulden im Betrage von 1,25 Mk., ohne dieselben bezahlen zu können. Urteil: fünf Tage Gefängnis. — Die drei Arbeiter, die sich, wie kürzlich gemeldet, in dem Pritzkow'schen Hause einschlichen, dort aber ertappt wurden, wurden gestern vom Schöffengericht wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu je 1 Woche Gefängnis verurteilt. Sie waren von Hamburg zu Fuß nach hier gekommen und hatten dann im ermüdeten Zustande in Ermangelung von Geld dort auf dem Boden Nachtlogis gesucht. Drei Tage wurden ihnen auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Handelsregister. Am 22. Februar 1904 ist bei der Firma Heick u. Schmaltz in Lübeck eingetragen: Die Prokura des L. C. A. Malzahn ist erloschen.

Bestätigt ist vom Stadt- und Landamte der in Klein-Schretstaken zum Mitgliede des Gemeindevorstandes erwählte Erbpächter H. J. F. Lucas.

pb. **Eigentumsvergehen.** Ein Auktionator aus Lauenburg brachte zur Anzeige, daß ihm vom Abbruch eines Hauses in der Mühlenbrücke, etwa 2 bis 3 Zentner altes Zink, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen seien.

r. **Eutin.** Ein „vergeßlicher" Seelsorger. Bei der Beerdigung des Herrn Rentner Clasen hat der Pastor Ahlrichs sich folgendermaßen geäußert: „Wie der Verstorbene zu seinem Gott gestanden hat, weiß ich nicht. Dem Aeußeren nach hat er seinen Gott nicht gekannt. Wir müssen jetzt für ihn beten. — Der gute Seelsorger scheint garnicht zu wissen, daß der Verstorbene früher schon mehrere Jahre im Kirchenausschuß gewesen ist, und, wenn gerade nicht immer, so doch oft zur Kirche ging. Uebrigens sollte sich ein Vertreter der christlichen Nächstenliebe derartiger Aeußerungen am Sarge ein für allemal enthalten.

Malente. Seitens der Zimmerer ist über das Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen, hierselbst, die Sperre verhängt worden.

Schönberg. Der Landtag für das Fürstentum Ratzeburg war Montag seit dem Jahre 1870 zum 35. Male nach hier einberufen, aber wie seit Jahren nicht beschlußfähig, da die Mehrzahl der bäuerlichen und bürgerlichen Vertreter nicht erschienen war. — Eine Massenerkrankung an der Bartflechte wird aus mehreren Orten der Probstei gemeldet. Von dieser auch „Deegplacken" genanten Krankheit sind Erwachsene und Kinder befallen. Hoffentlich greift dieselbe nicht weiter um sich.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Von 2 Straßenbahnwagen erdrückt und getötet wurde in Hamburg ein Schaffner. — Am Sonnabendnachmittag wollten die Knechte aus Golchen mit ihrem Fuhrwerk nach Hause fahren und bestiegen die Sattelpferde. Ein Knecht glitt dabei aus und fiel zwischen die Pferde. Der schwere Wagen ging dem Knecht über den Leib. Der Verunglückte wurde so schwer verletzt, daß er sofort nach Rostock ins Krankenhaus überführt werden mußte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Hamburg. Von der militärischen Disziplin. Der Musketier C. von der 1. Kompagnie des 76. Regiments, der im vorigen Herbst als unsicherer Heerespflichtiger eingezogen wurde, erhielt am 3. Februar als die Rekrutenabteilung auf dem Kasernenhofe Chargierübungen machte, von dem Unteroffizier Pikowsky den Befehl, er solle sich niederwerfen. C. kam dem Befehl nach und warf sich auf die feuchte Erde; er sollte sich noch einige Male niederwerfen, doch trat er einige Schritte zurück, weil an dieser Stelle der Erdboden besonders schmutzig war. Der Unteroffizier verlangte, er solle sich in den Schmutz niederwerfen, aber C. lehnte dies mit dem Bemerken ab, daß sein Zeug schmutzig werden würde und daß sein Unterzeug schon naß sei. Der Unteroffizier verharrte bei seinem Befehl, weil er dies im Interesse der Disziplin für erforderlich erachtete. C. hatte sich nun vor dem Kriegsgericht wegen Ungehorsams vor versammelter Mannschaft zu verantworten. Der Verhandlungsleiter bemerkte, der Angeklagte hätte den Befehl ausführen müssen und sich beschweren können, wenn er ungerecht behandelt zu sein glaubte. Der Vertreter der Anklage beantragte das Strafminimum von 42 Tagen Gefängniß, da er von der Auffassung ausging, daß die Befehle des Unteroffiziers von einer gewissen Unvernünftigkeit diktiert gewesen seien. Wesentlich anders dachte das Gericht über das Verhalten des Angeklagten, den es zu drei Monaten Gefängnis verurteilte. Begründend wurde ausgeführt: Das Gericht habe die Frage erwogen, ob der Mann objektiv vorschriftswidrig behandelt sei, doch sei es zu der Ueberzeugung gelangt, daß keine Inkorrektheit vorliege, denn der Erdboden sei an der betreffenden Stelle zufälligerweise schmutziger gewesen als anderswo. Daher könne von mildernden Umständen keine Rede sein. Also das Kriegsgericht betrachtet diesen Fall unter dem Gesichtswinkel des blinden Kadavergehorsams, es verlangt im Interesse der militärischen Disziplin die Ausführung von Befehlen, die mit der Ausbildung zur Kriegstüchtigkeit nicht das mindeste zu tun haben und die — gelinde gesagt — gewöhnlichen Zivilisten nur ein Kopfschütteln abnötigen.

Flensburg. Eine weitere „niedliche" Geschichte aus Scherrebeck. Unter der Anklage der Beleidigung des Vorstandes des Kreditvereins für Scherrebeck (E. G. m. b. H.) stand hier der Klempnermeister Lindemann aus Scherrebeck unter Anklage. Er soll in einer Generalversammlung des genannten Vereins gesagt haben, der jetzige Vorstand hat noch größere Schwindeleien betrieben als der vorige. Vorsitzender dieses Vorstandes ist der „berühmte" Amtsvorsteher Winter v. Adlersflügel. Der Angeklagte erklärte, den Beweis liefern zu können, daß Fälschungen in den Büchern vorgenommen worden sind. Das Gericht beschloß Aussetzung der Verhandlung, bis eine auf Anzeige Lindemanns in dieser Sache eingeleitetes Strafverfahren gegen den Vorstand erledigt ist.

Bant. Freigesprochen wurde in der Berufungsinstanz von der Strafkammer des Aurichter Landgerichts der Redakteur des „Norddeutschen Volksblattes". Genosse Jacob, welcher vom Amtsgericht in Wilhelmshaven seinerzeit ein Strafmandat über 50 Mk. erhalten hatte wegen Verübung „groben Unfugs", begangen durch Veröffentlichung der Notiz: „Zuzug von Schneidern ist streng fernzuhalten." Während das Schöffengericht zu Wilhelmshaven das Strafmandat bestätigte, hat das Landgericht dasselbe aufgehoben.

Bremen. Ein weiteres Opfer des Pleitegeiers. Die Mehlfirma H. Meier ist infolge von Spekulationen in Zahlungsstockung geraten. Die Passiva betragen etwa 900 000 Mk., ebensoviel die Aktiva, sodaß ein außergerichtlicher Ausgleich bevorsteht. Das Gerücht, daß auch eine große Tabakfirma vor dem Konkurs stehe, ist unbegründet.

Oldenburg. Der Landtag wurde Dienstag vormittag um 11 Uhr durch den Alterspräsidenten, Abg. Hanken, eröffnet. Alsdann wurde der Landtag durch Verlesen der Thronrede seitens des Staatsministers Willich für eröffnet erklärt. In der Thronrede wird der Vorlage betr. die Verwaltungsgerichtsbarkeit Erwähnung getan, ferner einer Vorlage betr. Aenderung der Gemeindeordnung für das Fürstentum Birkenfeld, sowie einer Vorlage betr. die Insel Wangerooge. Als Präsident wurde Abg. Groß mit 33 Stimmen, als Vizepräsident Abg. Schröder gewählt. Die Wahl der Schriftführer erfolgte durch Zuruf. Gewählt wurden die Abgg. Raveling, Koch und Döhler. Sodann kamen eine Reihe von Petitionen zur Verlesung. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde dann der in der vorigen Session bestandene Geschäftsausschuß wieder eingesetzt zwecks Verteilung der einzelnen Vorlagen und Petitionen an die verschiedenen Ausschüsse. Diesem Ausschuß gehört Genosse Hug an.

In die vom Geschäftsausschuß zur Vorberatung des Gesetzentwurfes für ein Verwaltungsgericht eingesetzte Zwölferkommission delegierte man gleichfalls den vorgen. Genossen. Nachdem die andern Ausschüsse, der Finanzausschuß, der Eisenbahnausschuß, die Verwaltungsausschüsse A und B gleichfalls in ihrer vorjährigen Zusammensetzung wieder gewählt worden waren, war die Tagesordnung der ersten Plenarsitzung dieser Session erschöpft. Die sozialdemokratische Fraktion ist im Finanzausschuß mit zwei, im Eisenbahnausschuß mit zwei und in den Verwaltungsausschüssen mit je einem Mitgliede vertreten.

Aurich. Eine Kulturtat. Der Matrose Kohler, der seinerzeit den Unteroffizier Biederitzki im Hafen von Piräus auf der „Loreley" ermordet hat, ist gestern Morgen um 8 Uhr auf dem Hofe des Landgerichts in Aurich durch den Scharfrichter Engelhard hingerichtet worden. Kohler war Montag von Wilhelmshaven nach Aurich transportiert worden.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Liebesdrama. In einem Hotel in der Breslauerstraße brachten sich ein junges Mädchen und ein Kaufmann einander mehrere Schüsse bei. Das Mädchen ist tot, der Mann schwer verletzt. Grund: unglückliche Liebe.

Göttingen. Du sollst nicht töten! Der Schäfer Burchardt aus Esplingerode, der den Schafhändler Bust ermordete und beraubte, wurde vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Dortmund. Bergarbeiterrisiko. In der Zeche „Erin" wurden durch vorzeitiges Losgehen eines Sprengschusses zwei Bergleute getötet.

Trier. Eine Typhusepidemie ist in Dirmingen und Berschweiler (Kreis Ottweiler) ausgebrochen. Der Landrat ordnete die Errichtung von Baracken an.

Wien. Durch Lawinen wurde die Straße von Toblach nach Schluderbach verschüttet. Im Taufesertal wurde eine Bäuerin vor ihrem Hause erfroren aufgefunden. Durch einen Lawinensturz wurden nach einer Meldung aus Domodossola (ital. Provinz Novara) auch dort vier Arbeiter, ein Italiener und drei Schweizer, verschüttet.

Paris. Während eines Uebungsmarsches auf der Höhe Laparé, nördlich von Bacelonette, wurden 19 Mann einer Kompagnie des 157. Linien-Infanterieregiments durch eine Lawine verschüttet. Bei der Katastrophe büßten 10 Soldaten ihr Leben ein, während die übrigen zwar gerettet werden konnten, aber schwer krank im Lazarett darniederliegen.

London. Risiko der Arbeit. In einer Kohlengrube zu Aldwark wurden nach einer Meldung aus Rotherham (Grafschaft York) bei einem infolge Reißens eines Seilens entstandenen Unfall 6 Mann getötet und mehrere verletzt.

New York. Die Beulenpest ist in Lima (Peru) neuerdings wieder aufgetreten.

Tientsin. Dammbruch. Aus Tsinansu wird gemeldet: Der Hoangho-Damm ist gebrochen. Hunderte von Menschen sind umgekommen; mehrere Dörfer sind verwüstet.

Lübecker Stadttheater.

Othello, Oper in 4 Akten von G. Verdi. Zum Benefiz für die jugendlich dramatische Sängerin Fräulein Anna Daniela wurde Dienstag nach längerer Pause wieder einmal Verdi's, im Jahre 1887 entstandener „Othello" aufgeführt. Obwohl Verdi damals schon an der Schwelle hohen Greisenalters stand, hat diese Oper doch so gar nichts Greisenhaftes an sich. Im Gegenteil, sie bedeutet einen ganz außerordentlichen Fortschritt gegen die früheren Opernschöpfungen des italienischen Maëstros. Verdi, dessen stark dramatisches Talent schon frühzeitig sich überwältigend geltend gemacht hatte, — wir erinnern nur an „Traviata" — legte damit einen gewaltigen Schritt zu dem Ziele zurück, das Richard Wagner aufgesteckt: zum Musikdrama. Wer aber in einem Alter von 74 Jahren noch so viel Kraft entwickeln kann, einem fremden Stil sich anzupassen, und wer noch dazu das Zeug in sich hat, musikalisch so meisterlich zu illustrieren, wie es Verdi in seinem „Othello" getan, der hat unserer Meinung nach glänzend bewiesen, daß er ein Meister im Reiche der Töne gewesen. Unser Theater hatte sich der Oper mit sichtlicher Liebe angenommen, so daß sich alles in bester Weise zum glücklichsten Gelingen einte. Ludwig Maurik sang nicht nur den „Othello" ganz vorzüglich, sondern wußte auch darstellerisch ihn so zu bewältigen, daß sein Mohr höchstes Interesse erwecken mußte. Zur höchsten künstlerischen Höhe erhob sich sein Othello wohl in der letzten Szene des 2. Aktes, wo Jago die Eifersucht des Mohren zu schüren sucht. Etwas weniger gut gelang ihm dagegen die Schlußszene; sein Othello starb in einer nicht gerade schönen Pose. Doch abgesehen davon kann von seiner Leistung nur das allerbeste gesagt werden. Frl. Daniela schuf eine entzückende Desdemona. Bei dem Liede vom „Weidenbaum" und in dem großen Liebesduett: „Du mein herrlicher Held" fesselte besonders ihre durch vortreffliche Darstellung unterstützte Gesangskunst. Das Publikum, das sich verhältnismäßig zahlreich eingefunden hatte, überschüttete die junge Künstlerin, die schon so oft überzeugende Proben ihres herrlichen Talents abgegeben hat, mit einer Fülle von Blumenspenden und Beifall: der sichtbarste Beweis, wie sehr man hier die Kunst der Sängerin zu schätzen weiß. Der Jago des Herrn Herrmanns wirkte nicht überzeugend genug, sein Spiel enthielt reichlich viel Pose; gesanglich löste der Künstler jedoch seine Aufgabe auf das Beste. Die Rollen, die den Herren Brischke (Cassio), Baumann (Rodrigo) sowie Frl. Bartels (Emilia) zuerteilt waren, gaben zu wenig Gelegenheit, sich irgendwie besonders hervorzutun; doch bemühten sich die Künstler sämtlich, das heraus zu holen, was nach Lage der Sache möglich war. In kleineren Chargen machten sich noch Adolf Scholz (Lodovigo), Karl Kruthoffer (Montana) und Rich. Thalheim (als Herold) höchst vorteilhaft bemerkbar. Im ersten Akt, in der Sturmszene, hätte der Chor etwas mehr aus sich herausgehen können. Das Orchester unter Trummers Leitung spielte mit Feuer und brachte alle Feinheiten der Oper zu bester Geltung, wie auch die Regie das Ganze recht stimmungsvoll inszeniert hatte. Alles in allem: eine im ganzen vorzügliche Aufführung.

-o-

Heute Ausnahme-Preis.

Feinbrot sonst 40 und 20 Pfg. **heute nur 25 und 15 Pfg.**

Dampfbäckerei „Hansa", J. C. D. Junge & Co.

Sarg-Magazin Fernsprecher 427. **Gebr. Müter**

Grösstes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.

Eiserne Grabkreuze.

obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a. Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Statt besonderer Meldung.

Gestern abend 7 Uhr entschlief sanft nach schwerer Krankheit meine gute Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

Friederike Westendorf

geb. **Krenzien**

im 58. Lebensjahre.

Tief betrauert

von den Hinterbliebenen.

Lübeck, den 24. Februar 1904.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 27. Februar d. Js., vormittags 11½ Uhr, vom Sterbehause, Engelsgrube 67, aus statt.

Zentral-Verband der Maurer.

Zweigverein Fackenburg.

Nachruf.

Am Montag den 22. Februar starb nach langem Leiden unser Mitglied

J. Strauhs

im Alter von 57 Jahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstag [illegible] 3 Uhr statt.

Versammlung der Mitglieder um 2 Uhr im Vereinslokal, [illegible].

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Für die herzlichen Glückwünsche und Gratulationen, die uns zu unserer am 21. d. Mts. stattgefundenen Hochzeitsfeier zu teil wurden, sagen unsern innigsten Dank

J. Lewandowski u. Frau, [illegible]

Herzlichen Dank für die Glückwünsche zur Hochzeit.

K. Winter und Frau, geb. [illegible]

Achtung!

Lokal-Verband der Hafenarbeiter Lübecks.

General-Versammlung am Sonntag den 28. Februar

Tages-Ordnung:

1. Statutenberatung. 2. Wahlen. 3. Bericht des Vorstandes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Jungen Leuten! welche sich dem **Seemannsstande** widmen wollen, empfehle **Total-Ausrüstung für kleine u. große Fahrt.** **H. Prenzlau** Untertrave 67.

Logis zu vermiet. Kl. Burgstr. 25, I.

Zu verm. eine kleine Wohnung Preis Mk. 110 Engelswisch 28.

Tüchtige Fahrradschlosser gesucht. H. Benthien, Mechaniker, Fackenburger Allee 53.

Ein gut erhaltenes Fahrrad zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangabe u. R. P. an die Exped.

Ausgekämmtes Damenhaar kauft **Wilh. Pasbach,** Friseur, [illegible]

Zu verkaufen Kanarienweibchen [illegible]straße 22. pt.

Verloren ein Damengürtel auf dem Wege von Lübeck nach Schwartau. Gegen Belohnung abzugeben Schulstraße 8, part.

E. Wiedemann, Balauerfohr 15, Kolonial- und Fettwaren-Handlung. empfiehlt feinste Süßrahm-Margarine à Pfd. 60, 70 u. 80 Pfg. Auf jedes Pfund 8 Brikets gratis. — Ausgabe von grünen Rabattmarken. —

Gemischten Aufschnitt	Pfd.	1,20 Mk.
Ger. Mettwurst	"	1,00 "
Gekochte Mettwurst	"	0,70 "
Leberwurst u. ger. Leberwurst	"	0,70 "
Preßwurst u. Braunschweig.	"	0,60 "
Frisches Kopffleisch	"	0,30 "
Täglich frische Bratwurst	"	0,70 "

Chr. Gipp Fernsprecher 1006 Moislinger Allee 4.

Der Deutsche Reichstag 1903—1908. Biographisch-statistisches Handbuch von **Joseph Kürschner.** Sämtliche Reichstagsabgeordnete sind nach ihren Photographien abgebildet. Preis 50 Pfg. **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 50.

Die Lübecker Margarine-Fabrik „Hansa" J. Schröder & Co. Rehenhofstraße 7 Telephon Nr. 913 empfiehlt stets frische **Margarine** welche in den meisten Geschäften zu haben ist.

Gek. Mettwurst	Pfd.	0,70	Mk.
Leberwurst	"	0,70	"
Braunschweiger	"	0,60	"
Preßwurst	"	0,60	"
Ger. Mettwurst	"	1,00	"
Gem. Aufschnitt	"	1,20	"

empfiehlt **J. Kunze, Balauerfohr 23.**

Germania-Bierhalle Krähenstr. 29. Heute Donnerstag den 25. d. M.: **Humorist. Bockbierfest.** Eintritt frei. Seidel 15 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein **Fritz Kröger.**

ff. Kirschsaft, Fl. 40 Pfg. empfiehlt **Carl Frost,** Fackenburger Allee 55c.

Circus Variété. Unwiderruflich nur noch 4maliges Gastspiel der weltberühmten **Prinzessin Pocahuntas** die indische Nachtigall sowie die anderen Attraktionen mit neuen Einlagen. — Anfang 8 Uhr. —

Stadt-Theater.

7½ Uhr Donnerstag den 25. Februar 7½ Uhr. 152. Vorstell. 22. Donnerstags-Abonnem. Gastspiel des Kgl. Hofopernsänger **Ad. Würthele** von Dresden. **Vasantasena.**

7½ Uhr. Freitag den 26 Februar 7½ Uhr. 2. Gastspiel: Kgl. Hofopernsänger **Ad. Würthele** aus Dresden. Novität. Zum 1. Male. Novität. **Mandanika.** Hierauf: **Die Regimentstochter.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto [illegible]. Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 47. Donnerstag, den 25. Februar 1904. 11. Jahrgang.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. 8000 Schneidergehilfen in Budapest beschlossen, binnen Wochenfrist die Arbeit einzustellen, wenn ihre Forderungen nach einer Regelung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung nicht bewilligt werden. Die Arbeiter verlangen 10½ Stunden Arbeitszeit von 25—48 Heller per Stunde als Minimallohn. — Die städtischen Arbeiter in Aalesund, der kürzlich abgebrannten Stadt, legten am Mittwoch die Arbeit nieder, weil man den Tagelohn um 25 Oere herabsetzen wollte. Nachdem man ihnen jedoch das Versprechen gegeben hatte, daß die Sache den Stadtverordneten vorgelegt werden sollte, nahmen sie die Arbeit wieder auf.

Achter Verbandstag des Hafenarbeiter-Verbandes. Die Verhandlungen wurden Montagvormittag 9 Uhr von Döring mit einer Ansprache eröffnet. Zu Vorsitzenden wurden Döring-Hamburg und Decker-Magdeburg, zu Führern der Rednerliste Heinecke und Lange-Hamburg, zu Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission Rocksien, Hähnel-Hamburg, Mommert-Breslau, Schlüter-Kiel und W. Körner-Lübeck gewählt. Den Vorstandsbericht, der gedruckt vorlag und aus dem wir das Wesentlichste bereits mitgeteilt haben, ergänzte Döring. Eingehend besprach Redner die Loslösung der Lübecker Schauerleute vom Verbande, deren äußerer Anlaß die Ausschreibung einer Extrasteuer zu Gunsten der Bremerhavener Ausgesperrten war, welche zu zahlen die Kollegen in Lübeck sich weigerten. Das Verhalten sei um so bedauerlicher und zeuge von wenig Solidarität, weil es sich um Unterstützung alter, treuer Kollegen und um eine außerordentlich gefährliche Situation für den Verband handelte. Es stehe zu hoffen, dies Werk persönlicher Quertreibereien beseitigen und die Ausgeschiedenen dem Verbande wieder zuführen zu können. Bei Streiks sei der Verband insofern gegen andere Organisationen ungünstiger gestellt, als er ausnahmslos mit großen Massen, also auch mit erheblichen Ausgaben, zu rechnen habe. Der Flößerstreik wäre vielleicht vermieden worden, wenn nicht die ganz komplizierten Verhältnisse den Ueberblick erschwert hätten. In Danzig sei der Abwehrstreik wesentlich mit Hilfe der „christlichen" Kollegen verloren gegangen. — Eingehend schilderte Redner den Verlauf der großen Aussperrung in Bremerhaven, die einen geschickt inszenierten und durchgeführten Gewaltstreich des Unternehmertums gegen die Organisation darstelle, der allerdings im allgemeinen als fehlgeschlagen betrachtet werden könne. — Das Streikreglement werde von den örtlichen Verwaltungen nicht gebührend beachtet; namentlich bei Angriffsstreiks werde vielfach eine nicht gutzuheißende Taktik eingeschlagen; meistens werde der Hauptvorstand vor vollendete Tatsachen gestellt und sei dann in die Zwangslage versetzt, die Genehmigung zu versagen. Das führe wieder dazu, ungerechtfertigte Mißstimmung gegen den Hauptvorstand und die Zentralisation zu schüren. Nach einigen Ausführungen über die Stellung der Hafenarbeiter zu den Gewerbegerichten, über Hafeninspektoren und die Entschädigung der Verbandsfunktionäre in den Mitgliedschaften sprach Redner über das Kartellverhältnis mit den übrigen Verbänden des Transportgewerbes, das voraussichtlich in Bälde geregelt sein werde. Döhring schloß mit dem Wunsche, mit aller Energie weiterzuarbeiten und dies schon durch sachliche Debatten auf dem Verbandstage zu bekunden. Als Gäste sind erschienen Döblin von der Generalkommission, Paul Müller vom Seemannsverbande, Himpel und Schumann vom Transportarbeiterverbande. Anwesend sind 32 Delegierte sowie die Verbandsfunktionäre. Den Kassenbericht erstattete Heitmann, nachdem zuvor ein Antrag Körner-Lübeck, einen Vertreter der Lübecker Schauerleute lokaler Richtung einzuladen und zur Beratung zuzulassen, abgelehnt worden. Redner verwies besonders darauf, daß nicht nur kein Ueberschuß erzielt, sondern sogar eine Mehrausgabe von 25000 Mark zu verzeichnen sei; das sei hauptsächlich auf die großen Streikunterstützungen, auf die Verdoppelung der Streikunterstützung und vermehrte Agitationskosten zurückzuführen. Die Kosten der Revisionen durch den Ausschuß seien zu hoch und könnten durch andere Einrichtungen vermindert werden. Gut sei, wenn oft, notwendig, daß billig revidiert werde. Zur Sicherung der Verbandsgelder sei nötig, die in Händen der Kassierer der Mitgliedschaften befindlichen Gelder möglichst durch zinstragende Belegung auf ein Minimum zu beschränken, auch dürfe man einer Person nicht mehrere Kassen anvertrauen. Nötig sei aber vor allem, Maßnahmen zu treffen, um der totalen finanziellen Erschöpfung oder der sonst eintretenden Aktionsunfähigkeit der Organisation vorzubeugen. Nunmehr erstatteten der Ausschuß und die Revisionskommission ihre Berichte; beide Berichte boten wenig Belangreiches. In der Diskussion über die Berichte des Vorstandes schilderte W. Körner-Lübeck die Ursache des Austrittes der Lübecker Schauerleute aus dem Verbande, an dem, nach seiner Meinung, der Zentralvorstand ebenso viel schuld sei wie die Ausgetretenen. Der Zentralvorstand hätte sich persönlich in Lübeck bemühen sollen, die Differenzen aus der Welt zu schaffen, zumal Lübeck nicht weit ab von Hamburg liege. Im weiteren Verlauf der Debatte wurden, wie das in der Natur der Materie begründet ist, eine Anzahl „Lokalschmerzen" vorgebracht, doch ist man im allgemeinen mit der Tätigkeit und Haltung des Zentralvorstandes einverstanden. Ein Redner meinte, es wäre richtiger gewesen, wenn der Zentralvorstand dem Treiben einiger Querköpfe in Lübeck rechtzeitig entgegengetreten wäre, dann hätte sich vielleicht die Abzweigung der dortigen Schauerleute nicht vollzogen. Döring geht nochmals auf die Lübecker Angelegenheit ein und bemerkt u. a., bei den Lübecker Schauerleuten hätte sich schon seit längerer Zeit die Manie herausgebildet, den Zentralvorstand vor ihr Forum zu laden, um ihm den Kopf zu waschen, wenn ihnen irgend etwas nicht passe. In Uebereinstimmung mit dem Ausschuß habe man davon Abstand genommen, in Lübeck Rechenschaft abzulegen, das tue der Zentralvorstand nur vor der Generalversammlung. Fühlten sich die Lübecker Schauerleute durch Maßnahmen des Zentralvorstandes beschwert, so sei doch der Instanzenweg da, der Ausschuß und die Generalversammlung. — Moniert wurden von einigen Rednern die durch die Kassenrevision seitens des Ausschusses (Sitz Stettin) verursachten hohen Kosten, die sich durch eine zweckmäßige Umgestaltung des Revisionsverfahrens vermeiden ließen. Auch wurde der Einführung des Hauskassierungssystem das Wort geredet, um so der Fluktuation unter den Mitgliedern Einhalt zu gebieten. Der Delegierte der Flößer im Netzegebiet schilderte anschaulich den Kampf der Kriegervereine gegen den Hafenarbeiterverband. Vor die Alternative gestellt, entweder aus dem Verbande oder aus dem Kriegervereine auszutreten, hätten die Kollegen, bis auf fünf Mann, das letztere getan, indem sie der Organisation, der sie eine bedeutende Besserstellung ihrer Lebenslage zu verdanken haben, treu blieben. Die Opferwilligkeit der Flößer hätte nichts zu wünschen übrig gelassen, denn sie hätten etwa 3000 Streikmarken geklebt. In seinem Schlußwort ging Döring auf die im Laufe der Debatte erhobenen Wünsche und Beschwerden ein und konstatierte, daß der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht wenig Anfechtungen erfahren habe. Vor allem müsse man sich daran gewöhnen, genau auf alle Bestimmungen zu achten und den Zentralvorstand nicht als bloßes Dekorationsstück zu betrachten oder als Sündenbock hinzustellen. Nach Ausführungen Heitmanns und Wills, die sich gegen die vorgebrachten Beschwerden richteten, wird sowohl dem Vorsitzenden als auch dem Kassierer für ihre Wirkung Decharge erteilt und darauf die weitere Sitzung auf Dienstag vertagt.

Der Schweizer Textilarbeiter-Verband beschloß seinen Anschluß an das internationale Sekretariat und stellte die Forderung des Zehnstundentags auf.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie. Von den Mitgliedern des Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiter-Verbandes sind, wie die am Freitag vorgenommene Zählung ergeben hat, 5600 ausgesperrt. Wie viele von den Mitgliedern der Organisation ausgesperrt sind, darüber liegt noch keine genaue Mitteilung vor. Durch bürgerliche Blätter wird gemeldet, daß von den unorganisierten Arbeitern der Firma Ascher etwa 20 Lehrlinge angenommen worden seien. Ob das wirklich der Fall ist, konnte jedoch nicht festgestellt werden. In Antwerpen stehen jetzt 430 Mühlen zu den Bedingungen des Antwerpener Diamantarbeiter-Verbandes zur Verfügung. Diese Mühlen sind fast alle besetzt. Wahrscheinlich wird es notwendig werden, Tag- und Nachtschicht einzuführen. Zu den Fabriken, wo weiter gearbeitet wird, ist noch eine, die 65 Mann beschäftigt, hinzugekommen. Mit mehreren andren Fabrikanten wird über Wiedereröffnung der Fabriken verhandelt. Die Haltung der Streikenden ist musterhaft. Mit der Auszahlung von Unterstützung soll in dieser Woche begonnen werden.

Die Gewerbegerichtswahlen in Tilsit endeten mit einem Siege der freien Gewerkschaften; für die Liste der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wurden nur 33 Stimmen abgegeben, während auf die Liste der Gewerkschaften 382 Stimmen entfielen.

Das erste Arbeitersekretariat. Es bestehen zurzeit in Deutschland 40 Arbeitersekretariate, die sämmtlich dem Nürnberger Sekretariat, als dem ersten, vom Genossen Segitz begründeten Institute, nachgebildet wurden. Dieses ist jetzt in sein 10. Geschäftsjahr eingetreten. Es wurde im vergangenen Jahre von 17107 Personen aufgesucht, schriftliche Ein- und Ausgänge waren 7471 zu verzeichnen. Hierbei handelte es sich u. a. um 3168 Unfallsachen, 550 Invaliden- und 68 Altersrenten-Angelegenheiten, sowie 650 Krankenversicherungsfälle. Der Fabrik und Gewerbeinspektion wurden 101 Beschwerden übermittelt, von denen nur 5 als unbegründet erklärt worden sind. Hierin liegt ein Beweis für die Gewissenhaftigkeit der dortigen Arbeit. Durch das Sekretariat werden auch wertvolle statistische Erhebungen veranstaltet und die Arbeitslosenunterstützungen ausgezahlt. Alle Auskunftserteilungen erfolgen kostenlos. Die Ausgaben betrugen im Vorjahre 9934 Mk., die von den organisierten Arbeitern Nürnbergs aufgebracht wurden — eine außerordentlich geringfügige Summe im Verhältnis zur geleisteten Arbeit!

Wieder Süddeutschland voran! In einer außerordentlichen Magistratssitzung zu München wurde, wie man der „Berl. Ztg." drahtet, folgender Beschluß gefaßt: Handlungsgehilfen, Lehrlinge und Arbeiter dürfen im Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen nur in der Zeit von 10 bis 12 Uhr beschäftigt werden, an den Sonntagen in den Monaten Juni und Juli überhaupt nicht. An den Sonntagen, an denen im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nicht beschäftigt werden dürfen, sind die Läden zu schließen. Solche weittragende, energische Sonntagsruhe-Verordnung zu Gunsten der Handlungsgehilfen, ist höchst zu loben und zur Nachahmung zu empfehlen. Daß wieder einmal Süddeutschland in der Kultur vorangeht — denn die Schaffung der Sonntagsruhe für die geplagten Handelsangestellten ist eine Kulturfrage — kann unsere Genugtuung über den Beschluß nicht dämpfen. Vielleicht aber sorgt Graf Bülow dafür, daß doch einmal Norddeutschland in der Sozialpolitik voran geht!

Die Wiener Handelsangestellten sind in eine Bewegung eingetreten mit dem Ziele, den Siebenuhrladenschluß (Krämer Deutschlands, wie wird's Euch?) für Detail- und Konfektionsgeschäfte, den Sechsuhrschluß für Engrosgeschäfte und Bureaus durchzusetzen.

Dr. v. Oppell-Charlottenburg, der früher in Südafrika Distriktsarzt war, hat nach Meldung bürgerlicher Blätter angeblich seinen Austritt aus der Sozialdemokratie erklärt. v. Oppell ist lediglich dadurch in weiteren Kreisen bekannt geworden, daß er auf einem der

---

Im Eckfenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

62 Fortsetzung.

„Aber soll ich nicht lieber einmal dem Mr. Hummel das Bild zeigen?" fragte Max. „Es ist am Ende vielleicht nur eine Aehnlichkeit, und das wirkliche Original befindet sich noch außerdem in der Stadt."

„Das ist keine Aehnlichkeit," sagte Püster kopfschüttelnd, „das ist der wirkliche Graf Rauten, wie er leibt und lebt — da unten geht Hauptmann von Dürrbeck vorbei — spring doch hinunter und sage, ich ließe ihn bitten, einmal auf einen Augenblick herauf zu kommen. Der kennt den Grafen genau — Du wirst sehen, daß ich Recht habe."

Der Notar hatte das Bild schon wieder bei Seite gelegt und einen andern Brief aufgerissen und angefangen zu lesen, als Dürrbeck zu ihm in's Zimmer trat.

„Mein lieber Herr Notar, Sie haben mich zu sprechen gewünscht — irgend etwas vorgefallen?"

„Nein, mein Herr Hauptmann. Entschuldigen Sie nur, wenn ich Sie einen Augenblick belästigt habe, aber ich wollte Ihnen ein Bild zeigen und Sie fragen, wer das sei — kennen Sie den Herrn!"

„Das ist ja Graf Rauten!" rief Dürrbeck, wie er nur einen Blick darauf geworfen. „Aber woher haben Sie das Bild?"

„Es ist mir geschickt worden," sagte Püster ausweichend, „und muß da jedenfalls eine Verwechselung stattgefunden haben, oder es ist in der Tat eine merkwürdige Aehnlichkeit. Graf Rauten war über See, wie?"

„Ja, in Indien."

„In Amerika nicht?"

„Ich glaube nicht; doch nein, ich weiß es gewiß, denn ich erinnere mich jetzt, daß die Frage einst in meiner Gegenwart an ihn gerichtet wurde und er sie auf das Bestimmteste verneinte."

Er hatte das Bildchen während er sprach, umgedreht und las die dort aufgedruckte Firma G. W. Burlingham brothers, photographers, New-York city. — „Haben Sie hier eine Lupe, lieber Herr Notar?" fragte er dann nach einer Weile, nachdem er das Bild wieder aufmerksam betrachtet hatte.

„Ja, hier ist sie," sagte Püster; „ich habe es mir auch dadurch angesehen."

„Es ist insofern merkwürdig," sagte der Hauptmann, „daß Graf Rauten hier in Rhodenburg noch nie hat bewogen werden können, sich photographieren zu lassen, und ich weiß bestimmt, daß seine Braut schon mehrmals den dringenden Wunsch dahin ausgesprochen. Es ist doch vielleicht nur eine Aehnlichkeit . . ."

Er trat, während er sprach, mit dem Bilde zum Eckfenster und betrachtete es jetzt scharf und aufmerksam durch das Vergrößerungsglas. Wie er sich aber wieder aufrichtete, sagte er auch ganz zuversichtlich und bestimmt: „Das ist keine Aehnlichkeit, lieber Notar, das ist Rauten wirklich selber, denn hier an der linken Backe können Sie deutlich mit der Lupe die kleine schmale Narbe erkennen, die er ebenfalls trägt und die besonders sichtbar wird, wenn er lacht. So weit geht aber keine bloße Aehnlichkeit, oder es müßte noch ein ganz merkwürdiger Zufall damit zusammentreffen."

„In der Tat?" sagte der Notar und sah den Hauptmann aufmerksam, aber doch nur mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt, an. „Ja das kann sein; aber dann ist es doch auch nur, wie ich vorhin bemerkte, ganz gewiß eine Verwechselung der Einlage, ein allerdings merkwürdiger Irrtum, da sich das Original des Bildes gerade hier in der Stadt befindet; es ist sonderbar, wie ich selber gestehen muß."

„Und darf ich nicht erfahren, um was es sich handelt, Herr Notar? Sie wissen doch, daß ich eng befreundet mit Hans von Solberg bin."

„Mit dem Grafen Rauten nicht?"

„Weniger," sagte Dürrbeck nach einigem Zögern; „wir kennen uns natürlich, sind aber noch nie näher zusammen gekommen."

„Mein lieber Herr Hauptmann," erwiderte ihm Püster, „es betrifft hier allerdings einen ganz eigentümlichen Fall, der aber nichts mit dem Grafen Rauten zu tun haben kann, wenn das auch wirklich hier ein von ihm nach der Natur aufgenommenes Bild wäre. Vor der Hand ist aber nur erst eine Frage an mich gestellt worden, und Sie werden begreifen, daß ich darüber noch keine Erklärung abgeben kann. Sollte sich aber in der Tat irgend etwas Faktisches herausstellen, so gebe ich Ihnen mein Wort, daß ich Sie ohne Säumen davon benachrichtigen will. Was ich Sie nur noch fragen wollte: auf welchen Tag ist die Verbindung des Grafen mit Fräulein von Solberg festgestellt?"

„Auf den Sechsundzwanzigsten — weshalb?"

„Es fiel mir nur so ein," sagte Püster ausweichend. „Es soll ja wohl ein großes Fest im Solberg'schen Hause stattfinden?"

„Wie mir Hans sagte, am Polterabend, also am Tage vorher. Das junge Ehepaar wird unmittelbar nach der Trauung seine Reise nach den Gütern des Grafen antreten. Rauten drängt sehr, da sein Administrator dort, glaub' ich, krank geworden ist und sich die ganze Verwaltung augenblicklich in den Händen eines noch sehr jungen und unerfahrenen Mannes befindet."

„In der Tat? Also früher findet die Trauung auf keinen Fall statt, meinen Sie?"

„Nein, sicher nicht, denn es ist der Hochzeitstag der Eltern und Großeltern, und Frau von Solberg besteht fest darauf, den Tag gewissenhaft einzuhalten. Aber weshalb erkundigen Sie sich so genau danach?"

„Neugierde, blanke Neugierde, Herr Hauptmann. In

letzten Parteitage den Antrag auf obligatorische Einführung des Duzens in der Partei gestellt hat.

Polizei und Arbeiterbewegung. In Zoppot gedeihen seit einiger Zeit ganz vortrefflich die Arbeiterorganisationen. Damit nun die Organisationen nicht zu mächtig werden, hat sich die Polizei in's Mittel gelegt. Diejenigen Versammlungslokale, in denen die Gewerkschaften tagten, wurden für baufällig erklärt, so daß den Gewerkschaften das Abhalten von Versammlungen zur Unmöglichkeit wurde. Die übrigen Wirte weigern sich aus Furcht, daß auch ihre Lokalitäten für baufällig erklärt werden können, ihre Lokale den Gewerkschaften herzugeben. Aber die preußische Polizei — liebevoll, wie sie nun einmal gegen die Arbeiterbewegung ist — will die Arbeiter dafür entschädigen. Sie hat an die Vorsitzenden der organisierten Arbeiter huldvolle Schreiben gesandt, in denen der Wunsch ausgedrückt wird, die Vorstände mögen doch — die Bülow Broschüren an die Mitglieder verteilen. Dem Rundschreiben war sogar ein Exemplar der papiernen Bülowweisheit beigefügt. Die Gewerkschaften sind nun der Meinung, daß die Polizei in ihrem Bekehrungseifer nicht auf dem halben Wege stehen bleiben und recht bald dafür sorgen wird, daß die Gewerkschaftler wenigstens in einem Saale zerknirscht ihre bisherigen Gesinnungssünden abbüßen können. Dann würde wahrscheinlich auch das zweite Wunder geschehen, und der Fluch der Baufälligkeit von dem hoffnungsvollen Seebade Zoppot genommen werden.

Der Sängerstreik in Aachen, von dem wir unlängst berichteten, hat noch Folgen gehabt, die mehr als deutlich zeigen, daß in der modernen Gesellschaft auch der „Kunstbetrieb" ganz nach kapitalistischem Schema geregelt. Herr Opernregisseur Oskar Moor, der den Versuch machte, zwischen Chorpersonal und Direktion zu vermitteln, erlaubte sich die Aeußerung: „Alle Hochachtung, daß der Chor so zusammenhält; das sind doch noch Charaktere!" Diese Aeußerung kam zur Kenntnis der Direktion. Wie nun der Lokalverband Aachen des Deutschen Chorsänger-Verbandes in der „Chorverbands-Zeitung" mitteilt, ist Herr Moor dafür von der Direktion dadurch gemaßregelt worden, daß man ihn „zur Disposition" stellte, d. h. er bezieht seine Gage, wird aber nicht mehr beschäftigt. — Die Düsseldorfer Sänger und Sängerinnen, welche in Krefeld in der Oper „Heimchen am Herde" aushalfen, verwahren sich gegen den Vorwurf, Streikbrecherdienste getan zu haben. Sie hatten keine Ahnung davon, daß ihre Aachener Kollegen den Dienst verweigerten und wußten nicht einmal, welche Direktion in Krefeld spielt. Interessant ist ihre Mitteilung, daß sie à Person 11 Mk. Diäten erhielten. Die Aachener Sänger streikten, weil man ihnen 5 Mk. nicht bewilligen wollte.

Parteipresse. Die „Pfälzische Post", unser Parteiorgan für die Pfalz, erscheint seit dem 18. Februar im Verlage der Handelsgesellschaft Gerisch u. Co. Das Blatt wurde seit Bestehen (1895) zusammen mit der „Mannheimer Volksstimme" in der Mannheimer Aktiendruckerei hergestellt. — Ein eigenes Grundstück erwarb die Genossenschaftsdruckerei in Halle. In dem erworbenen Grundstück sollen untergebracht werden Verlag und Redaktion, sowie die Druckerei des „Volksblattes", Arbeitersekretariat und Volksbuchhandlung. Mit der Ausführung der Bauten wird in diesem Frühjahr begonnen werden. Der Preis des Grundstückes, das 1341 Quadratmeter groß ist, beträgt 46 935 Mk.

„Nieder mit den Sozialdemokraten" von Wilhelm Bracke ist soeben in neuer Ueberarbeitung von unserem Parteiverlage, Buchhandlung Vorwärts, Berlin, herausgegeben. „Nieder mit den Sozialdemokraten" ist eine der ältesten, aber noch immer wirkungsvollen Agitationsbroschüren für die ländliche Bevölkerung. Bracke hat die landläufigsten Vorwürfe, die gegen unsere Partei erhoben werden, in volkstümlicher, allgemein verständlicher Weise widerlegt. Die Märchen vom „Teilen", von der „Zerstörung der Familie und Religion", die auch heute noch in entlegenen Gegenden von unseren Gegnern gern kolportiert werden, werden in überzeugenden Worten zurückgewiesen. Der Einzelpreis ist 10 Pf. An Agitations-Komitees, Wahlvereine und Vertrauensleute wird die Agitationsausgabe der Broschüre geliefert: 500 Exemplare für 10 Mk., 1000 Exemplare für 15 Mk., 10 000 Exemplare für 135 Mk. Die Broschüre ist in allen Partei-Buchhandlungen zu haben und wird von den Kolporteuren und Zeitungsboten besorgt.

Aus Nah und Fern.

Wegen Majestätsbeleidigung und wegen Beleidigung von Trompetern des zweiten Garde-Feldartillerie-Regiments sowie des Portiers auf dem Hauptbahnhof in Magdeburg ist nach der „Magdeb. Ztg." ein Handelsmann Schwager, der bereits wegen gefährlicher Körperverletzung und wegen Hausfriedensbruchs mit Gefängnis vorbestraft ist, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ratibor. Sensationeller Meineidsprozeß. Das hiesige Schwurgericht verurteilte neun junge Leute aus Benkowitz, Söhne angesehener und wohlhabender Eltern, wegen Meineides oder Anstiftung dazu zu Strafen von einem Jahr Gefängnis bis 3 Jahren Zuchthaus. Der mitangeklagte Sohn des Landtagsabgeordneten Galda erhielt 8 Monate Gefängnis.

Posen. Tötlicher Fabrik-Unfall. Am Sonnabend Abend wurden in der Präparierkammer der Chemischen Fabrik, Aktiengesellschaft vorm. Moritz Milch, ein Arbeiter getötet und drei betäubt vorgefunden. Als Ursache werden die aus dem Kessel zu früh abgelassenen Dämpfe bezeichnet. Untersuchung ist eingeleitet.

Chemnitz. Vatermord. Hier wurde vor einigen Tagen der 55jährige Malermeister Schubert von seinem eigenen Sohn erschlagen und beraubt. Die grausige Tat wurde erst in der Nacht zum Sonntag entdeckt. Der flüchtige Mörder wurde Montag früh in Dresden verhaftet.

Der Humor der Ausgesperrten. Daß die Krimmitschauer trotz aller Schikanierungen den Sinn für Humor nicht verloren haben, beweist folgendes Inserat, das wir im „Sächsischen Volksblatt" finden:

> Durch die glückliche Geburt eines
> Sohnes hat sich die Zahl der
> „Ausgesperrten" um einen vermehrt. Dies zeigt freudigst an
> Weber **Louis Günther**
> Leitelshain.

Auch der eine wird von der deutschen Arbeiterschaft noch mit ernährt werden!

Petersburg. Ueberschwemmung in Sibirien. Nach einer Meldung aus Petro-Alexandrowsk vom 18. d. Mts. verursachten große Eismassen ein Austreten des Amu-Darja. Die Umgebung der Stadt ist überschwemmt. Eine sehr große Zahl von Wohnhäusern ist zerstört, viel Vieh vernichtet. Die Telegraphenlinie ist auf einer großen Strecke beschädigt. Der Verkehr auf dem Fluß ist unterbrochen. Auch Menschen haben durch die Ueberschwemmung das Leben eingebüßt.

Ein geduldiger Gatte. Der amerikanische Millionär Christian Truck, ein Bürger von Louisville, reichte die Scheidungsklage gegen seine Gattin ein, und zwar unmittelbar nach der goldenen Hochzeit. Er hatte fünf Jahre gewartet, bevor er die längst gewünschte Scheidung beantragte, um vorher noch die goldene Hochzeit feiern zu können.

Aus einem chinesischen Gefängnis. Man schreibt der „Frankf. Ztg." aus Schanghai: In den chinesischen Gefängnissen gibt es keine Einzelhaft, sondern alle Eingesperrten werden unterschiedslos durcheinandergesteckt. Von jedem neuen Ankömmling erwartet die Gesellschaft der Insassen, daß er einigen Wein zum Besten gebe, falls er die Kosten dafür nur irgend bestreiten kann. Nun erschien neulich in einem Nankinger Gefängnis ein seit langem gesuchter Räuber, den seine Mitgefangenen für recht wohlhabend hielten, weshalb sie glaubten, er würde sich mit Leichtigkeit nach der üblichen Etikette richten können. Aber der Ankömmling sagte, sein ganzer mühsam erworbener Besitz wäre ihm genommen worden, weshalb ihm nun nichts anderes übrig bliebe, als seine Frau zu verkaufen. Wirklich ersuchte er auch den Besitzer eines schlechten Hauses, dies für ihn zu tun. Da die Frau des Räubers nicht übel aussah, so wurden 200 Dollar für sie erzielt. Bevor sie sich zu ihrem neuen Gebieter begab, verabschiedete sie sich in aller Freundschaft von ihrem im Gefängnisse sitzenden ersten Herrn Gemahl. Auf dessen Frage, wieviel Geld für sie bezahlt worden sei, konnte sie ihm zunächst keine Antwort geben, nannte ihm jedoch bei einem zweiten Besuche, nachdem sie sich inzwischen erkundigt hatte, die richtige Summe. Da geriet der Räuberhauptmann in den größten Zorn, weil ihm nur der fünfte Teil des Geldes, 40 Dollar, zugekommen war; 120 Dollar hatte der Verkäufer als kleine „Kommission" für sich behalten und weitere 40 Dollar hatte der Oberaufseher des Gefängnisses eingesteckt. Alle gefangenen Lumpen und Vagabunden stimmten dem Räuber darin bei, daß dies unerhört und empörend wäre. Sie erregten einen großen Tumult, schrieen laut „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit!" und versuchten sogar das Gebäude in Brand zu stecken. Erst als der verantwortliche Mandarin erschien, trat Ruhe ein. Er machte sehr kurzen Prozeß, indem er einfach alle miteinander bestrafte, den Verkäufer der Frau, den Aufseher und die Gefangenen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 14. bis 20. Februar 1904.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

8. Februar. Schlachter G. H. R. Berner. 9. Lehrer E. H. Braune. Schuhmachermeister G. F. W. Raabe. 10. Fuhrmann L. J. H. Scharrenberg. Schlosser H. W. O. Sander. Postbote H. W. Arnhold. 11. Heizer H. J. F. Bentien. 12. Böttcher A. F. v. Ohlen. 13. Bierfahrer L. E. Ch. Wiehn. 14. Arbeiter J. H. Ch. Krackow. Buchbinder F. W. Hess. 15. Arbeiter H. F. G. Fock. Arbeiter J. J. L. Wilms. Schlachter W. H. Ch. Pätow. 16. Arbeiter L. A. M. Ch. Lehrmann. Geschäftsreisender H. C. J. Wilms. Revisionsaufseher G. A. Lorenz. 18. Arbeiter J. H. A. Galey. Handlungsgehülfe E. A. H. G. Palow. Handlungsgehülfe M. J. F. Meislahn. 19. Weichensteller J. F. Scharbow.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

10. Februar. Arbeiter H. G. Ch. Hamann. 11. Eisendreher J. E. G. Gassmann. 12. Schmied G. F. W. Schwarz. Tischler G. E. H. Seidel. Arbeiter J. P. W. Schwartz. 13. Bauaufseher J. B. Heukeroth. Tischler G. A. Schröter. Kanzlist J. H. C. Haack. 14. Schutzmann B. G. Wagner. Bureaugehülfe C. H. A. Blöss. Arbeiter H. J. H. F. Stegmann. 15. Bureaugehülfe G. A. H. M. Siems. Oberlehrer am Katharineum Dr. phil. F. Ch. C. W. F. Krüger. 16. Diätar P. D. Westphal. 17. Arbeiter H. J. H. Spahrbier. Straßenreiniger C. F. M. L. Köhn. Gefangenaufseher H. F. B. Mull. 19. Arbeiter H. W. Franz. 20. Diätar F. J. F. Otto.

Sterbefälle.

13. Februar. W. L. H. Michelsen, 67 J. Student W. L. Brehmer, 23 J. 15. J. J. D. geb. Langhans, Ehefrau des Häuslers J. J. H. Wulf (Wulff), 56 J. (Kneese i. M.) 16. Arbeiter H. C. Möller, 69 J. Schmied M. F. Paustian, 67 J. M. C. Näveke, 27 J. B. A. F. H. geb. Mühlenfeldt, Ehefrau des Maurers H. Klüssmann, 44 J. C. M. geb. Günther, Witwe des Arbeiters P. H. Erdmann, 79 J. M. C. Evers, 79 J. 17. A. S. D. Lüth, 23 J. Th. F. M. G. Sauft, 1 J. 18. Buchbindergehilfe C. F. A. W. Spethmann, 20 J. Arbeiter C. W. F. Krellenberg, 23 J. Schneider C. L. F. Kaphingst, 61 J. 19. K. W. J. Alwert, 1 M. Bonbonkocher H. C. R. Reimann, 29 J. Arzt Dr. med. A. Chr. Gütschow, 80 J. 20. C. S. D. geb. Sommer, Witwe des Flußschiffers C. F. H. Heynatz, 89 J. L. O. W. M. Werner, 3 M.

Angeordnete Aufgebote.

15. Februar. Arbeiter H. Chr. Mull und F. L. C. Hinrichs. Fischer G. H. R. Schmahl und M. M. H. M. Ehsemann, beide zu Tarnewitz. 16. Schneider F. C. Pieper und A. H. W. L. M. Schläger. Schlosser J. C. J. A. Schaeper und A. M. D. Naths. 17. Schlosser C. F. Ad. Jenssen und E. D. M. Benthien zu Gadebusch. Schuhmacher F. A. H. Potratz und F. C. M. Hanck zu Gadebusch. Handlungsgehülfe F. J. Chr. Törber zu Kiel und K. M. C. D. Klüver zu Segeberg. 18. Arbeiter A. H. F. Moll und E. C. H. Hofe, beide zu Niemark. 19. Arbeiter W. Chr. Kremkow (Krempkow) und W. Boss, beide zu Hamburg. Kaufmann J. A. L. Meyer und L. F. J. Gehrke. 20. Maschinist H. Fürst und C. H. M. Ohlssen, beide zu Flensburg.

Eheschließungen.

16. Februar. Kaufmann L. Lublinski zu Hamburg und J. Jacobsen. Drogist P. G. Schneider zu Köln und E. M. C. S. Petersen. Kaufmann J. L. D. E. Petersen und E. J. H. Parbs zu Schwerin. Metalldreher F. F. H. J. G. Kühn und M. H. Gerards. Matrose E. P. A. Glander und M. H. C. Schroeder. Arbeiter F. Chr. J. Wulff und A. M. D. Albrecht, beide zu Kneese. 19. Schiffer W. Lewandowski und Witwe P. B. Fahrinkrug geb. Beeck. Holländer G. H. H. Prehn und E. M. Harms, beide zu Padelügge. 20. Hausdiener C. A. E. Schulz zu Wolgast und F. H. S. Schröder. Schreiber A. J. E. Kierulff und D. M. A. Möller. Expedient F. J. Chr. Langmaak und P. L. C. Potenberg. Arbeiter J. Chr. F. Pagel und A. D. M. Boldt. Arbeiter H. H. C. Schümann und A. C. M. Wegner. Maurer C. A. W. Malwitz und Witwe C. M. D. Marten geb. Stoffers.

---

einem so kleinen Neste, wie Ratzeburg ist, hat man ja doch weiter nichts zu tun, als sich immer nur um anderer Leute Angelegenheiten zu kümmern."

„Was aber doch eigentlich, ohne einen bestimmten Zweck zu haben, gewöhnlich Ihre Sache nicht ist, lieber Notar."

„Ich werde alt," sagte Päßler lächelnd, „und falle da in den Fehler aller alten Leute, wie meiner lieben Nebenmenschen. Wir merken das aber gewöhnlich nie früher, als bis wir durch diese darauf aufmerksam gemacht werden."

Dürrbeck schwieg; er fühlte recht gut, daß der Notar weiteren Fragen absichtlich auswich, und hatte Takt genug, ihn nicht zu drängen, und doch hätte er gern mehr erfahren, und zwar nicht etwa aus unbescheidener Neugierde. Er liebte Hans Selberg wie einen Bruder, und ein dunkler, wenn auch noch vollkommen unbestimmter Verdacht war in ihm erwacht, der aber trotzdem schon anfing, ihn zu beunruhigen. „Also auf Wiedersehen, mein lieber Notar!" sagte er und verließ das Kontor, in dem der Notar aber jetzt mit auf dem Rücken gelegten Händen und den Kopf gesenkt nachdenkend und rasch eine Weile hin und her ging. Max störte ihn auch nicht darin und hatte nur indessen den Brief aus Hamburg aufmerksam und zweimal hintereinander durchgelesen, und erst beim zweiten Male machte er darauf die ihm erforderlichen Bemerkungen, die sich aber ebenfalls nur auf zwei Punkte bezogen. Das Andere bestand, wie Päßler ganz Recht gehabt, allerdings nur aus hier überflüssigen Klagen und allgemeinen Betrachtungen.

„Wenn Sie die Stellen jetzt lesen wollen, Herr Notar . . ."

Päßler trat zum Pulte, stemmte den Kopf in die Hand und las sie durch; endlich sagte er: „Das ist klarer Unsinn, Max, und wir müssen uns verdammt in Acht nehmen, daß wir da keine Dummheit machen. Derentwegen können wir die Frau doch keinesfalls nach Ratzeburg zitieren, und ich weiß wahrhaftig nicht, wie wir es sonst machen sollten. Bah, Du wirst erst noch einmal hinschreiben, das Bild wieder mitschicken und anfragen, ob es das richtige sei — sie müssen es jedenfalls verwechselt haben! Ist das dann wirklich nicht der Fall, so können wir uns ja noch immer überlegen, was wir tun wollen."

„Und wollen wir das Bild nicht lieber hier behalten?"

„Was sollen wir damit? Sie mag es uns im nächsten Briefe wieder einlegen — herein!"

Draußen hatte es angeklopft, und auf seinen Ruf öffnete sich die Tür und Hofapotheker Semmlein, der Tischlermeister Handorf und ein blasser, elend aussehender Mensch standen auf der Schwelle — Semmlein aber nicht lange.

„Mein lieber Herr Notar", sagte der kleine Mann fast außer Atem, „können wir ein paar Worte mit Ihnen allein und ganz im Vertrauen sprechen?"

„Und warum nicht, mein lieber Herr Nachbar — wie geht es, Meister? Bitte, nehmen Sie Platz." Sein Blick haftete dabei auf dem jungen, bleichen Menschen, den er nicht kannte.

„Das, Herr Notar", sagte Handorf, der den Blick wohl bemerkte, mit halb unterdrückter Stimme, „ist mein armer Sohn, von dem ich Ihnen schon früher gesprochen habe. Er war recht krank, er hat sich das Elend und die Schande zu sehr zu Herzen genommen, und ein paar Tage fürchtete ich sogar schon, daß ihn der liebe Gott abrufen würde."

„Er sieht noch recht leidend aus", sagte Päßler — „aber was haben Sie eigentlich?"

Semmlein warf einen Blick auf Max — „meinetwegen", sagte er, „möchten wir ganz allein mit Ihnen sprechen."

„Max ist mein Geheimsekretär", lächelte Päßler, „und wenn auch noch jung, ein ganz gewandter und verschwiegener Bursche. Wenn es nicht gerade eine persönliche Frage betrifft . . ."

„Aber meinetwegen" — sagte der Hofapotheker.

„Na, Max, dann geh so lange hinunter; Du kannst die Akten da gleich mitnehmen, den Brief laß sein bis nachher, das hat Zeit, denn so drängt die Sache nicht. Und nun, meine Herren", fuhr er fort, als Max mit dem Aktenbündel unter dem Arm aus der Tür glitt — „bitte, setzen Sie sich, Meister, und auch Ihr Sohn darf nicht stehen, er sieht schwach und abgemattet genug aus —, und nun erzählen Sie mir, was Sie haben; aber, nicht wahr, lieber Herr Nachbar, Sie fassen die Sache ein bischen kurz, denn ich habe noch eine ganze Menge zu tun."

„Ja, lieber Herr Nachbar", begann Herr Semmlein, „das ist eine ganz merkwürdige Geschichte, und meinetwegen sollte man fast gar nicht glauben, daß sie menschenmöglich wäre."

„Wollen Sie mir die Sache einfach erzählen und mir die Beurteilung dann selber überlassen?"

„Ja, mit dem größten Vergnügen, aber dann erzählte sie wohl am besten der Karl selber — meinen Sie nicht, Meister?"

„Ich weiß nicht", sagte Handorf, „ob sich der Herr Notar noch auf das erinnern, weshalb ich Sie neulich einmal um Ihren Rat fragte."

„So viel ich mich besinne, erzählten Sie mir die unglückliche Geschichte Ihres Sohnes, aber ich weiß nicht, daß Sie mich dabei um Rat fragten."

„Doch, Herr Notar, ich wollte meinen Jungen damals nach Schlesien schicken, um zu sehen, ob er den Menschen dort wiederfinden könnte, dem er an jenem Unglückstage den Stock verkauft, und Sie rieten mir damals ab."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verlag: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtlich in Lübeck.